Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 169. Donnerstag, 21. Juli 1932, abends. 85. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt **erscheint jeden Tag** abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. **Geschäftsstelle: Goethestraße 59.** Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Absetzung aller preußischen Minister.

Sonnabend Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof.

*** Berlin. Das Reichskabinett trat gestern um 18 Uhr zu der vorgesehenen Sitzung zusammen. Auf Grund der Tatsache, daß die preußischen Minister insgesamt eine Weiterarbeit unter Papen verweigert haben, hat Herr von Papen in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen sämtliche preußischen Minister ihrer Aemter enthoben.**

Die amtliche Mitteilung über die Amtsenthebung der preußischen Minister.

Berlin. **Amtlich wird mitgeteilt: Nachdem die preußischen Staatsminister Dr. h. c., Dr. e. h., Hirtsiefer, Dr. h. c., Dr. e. h. Steiger, Klepper, Dr. Dr. h. c. Schreiber, Dr. Schmidt und Grimme dem Reichskanzler mit Schreiben vom 20. Juli d. J. erklärt haben, daß sie es ablehnen, der von ihm erlassenen Einladung zu einer Sitzung der Staatsregierung Folge zu leisten, hat der Reichskanzler die genannten Staatsminister kraft der ihm durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 (RGBl. I, S. 377) erteilten Vollmacht von der Führung der laufenden Geschäfte ihres Geschäftsbereichs als Staatsminister enthoben.**

Die Rechtsgrundlagen der Reichsregierung.

* Berlin. In der Reichsregierung nahestehenden Kreisen legt man Wert auf die Feststellungen, daß die **Maßnahmen des Reiches in Preußen in peinlichster Beachtung ihrer verfassungsmäßigen Grundlage durchgeführt worden seien** und auch weiterhin durchgeführt würden. Sollten einzelne Beamte — wie der bisherige Minister Severing oder der bisherige Polizeipräsident Grzesinsky — persönlich der Ansicht sein, daß die Maßnahmen des Reiches der verfassungsmäßigen Grundlage entbehrten, so sei es Sache des Staatsgerichtshofes, dieses zu entscheiden. Die Verordnungen des Reichspräsidenten werden durch Anrufung des Staatsgerichtshofes jedoch nicht aufgeschoben. Beamte, die sich ihrer Durchführung widersetzen, setzen sich daher selbst in Gegensatz zu dem verfassungsmäßigen Recht. Im übrigen wird festgestellt, daß sich alle Maßnahmen bisher in völliger Ruhe vollzogen haben, und daß zu irgendwelchen Besorgnissen nicht der geringste Grund bestehe.

*

Neue preußische Minister.

*** Berlin. Die kommissarische Verwaltung des preußischen Landwirtschaftsministeriums wird der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium Musehl übernehmen, das Handelsministerium der Bankenkommissar Ernst und das Finanzministerium Staatssekretär Schlesener. Wegen Uebernahme der übrigen preußischen Ministerien wird Donnerstag zunächst mit den betreffenden Staatssekretären verhandelt werden. Der Staatssekretär im preußischen Innenministerium Abegg ist auch seines Postens enthoben worden.**

Dr. Bracht im Amt.

Berlin. (Funkspruch.) Der **kommissarische preußische Minister des Innern, Dr. Bracht,** hat heute die Amtsgeschäfte übernommen. Er hat Herrn Staatssekretär Dr. Abegg mit sofortiger Wirkung seiner Dienstgeschäfte enthoben und beurlaubt.

Die Pressestelle des preußischen Ministeriums des Innern stellt bis auf weiteres ihre Tätigkeit ein. Der Leiter, Ministerialrat Dr. Hirschfeld, ist beurlaubt und von seinen Dienstgeschäften entbunden.

Reichsrat fällt aus.

Berlin. (Funkspruch.) Die für heute nachmittag anberaumte Vollsitzung des Reichsrats, in der über die Getreide-Handelsklassen-Verordnung entschieden werden sollte, ist mit Rücksicht auf die politische Lage und die Tatsache, daß die preußische Vertretung im Reichsrat noch nicht geklärt ist, abgesagt worden. Auch alle Ausschußsitzungen des Reichsrates fallen aus. Neue Sitzungstermine sind noch nicht bestimmt worden.

Strafanzeige gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg.

Berlin. (Funkspruch.) **Militärbefehlshaber Generalleutnant von Rundstedt hat in der Mittagsstunde beim Generalstaatsanwalt beim Landgericht I gegen Grzesinski, Weiß und Heimannsberg auf Grund des Paragraphen 8 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli über den militärischen Ausnahmezustand in Berlin und Brandenburg Strafanzeige erstattet. General von Rundstedt hat als Militärbefehlshaber gestern den drei Beschuldigten nach der Amtsentsetzung den Befehl gegeben, sich jeder Amtshandlung zu enthalten. Die Beschuldigten haben aber bis zu ihrer Entfernung aus dem Dienst weiter ihre Amtsgeschäfte ausgeübt, obwohl sie die Zuständigkeit des militärischen Bevollmächtigten anerkannt hatten.**

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Ueber das Vorgehen der Reichsregierung in Preußen.

)(Berlin. In der für die Reichsregierung vorbehaltenen Stunde hielt gestern abend 19 Uhr **Reichskanzler von Papen** im Rundfunk folgende Rede:

Deutsche Frauen und deutsche Männer!

Mit dem heutigen Tage bin ich durch den Herrn Reichspräsidenten zum Reichskommissar für Preußen bestellt worden. In dieser Eigenschaft habe ich auf Grund der mir erteilten Vollmachten den bisherigen preußischen Ministerpräsidenten Braun und den preußischen Minister des Innern Severing ihrer Aemter enthoben. Die Reichsregierung hat sich nach sorgfältiger Prüfung der Sachlage entschlossen, diesen Schritt dem Herrn Reichspräsidenten vorzuschlagen. Sie beschränkt sich dabei auf die notwendigsten Maßnahmen, die zur Wiederherstellung geordneter Rechtszustände im preußischen Staatsgebiet erforderlich sind.

Lassen Sie mich zum Verständnis der Lage kurz die **politische Situation in Preußen** und die **Gründe für die getroffenen Maßnahmen schildern.** Die preußische Staatsregierung ist bereits am 19. Mai freiwillig zurückgetreten und führt seitdem nur die laufenden Geschäfte gemäß Art. 59 der preußischen Verfassung. Der neue Landtag war auf Grund der vom alten Landtag und zwar von den Parteien der Weimarer Koalition herbeigeführten Aenderung der Geschäftsordnung nicht in der Lage, die Wahl eines Ministerpräsidenten vorzunehmen. Die auf diesen Vorgängen beruhende parlamentarische Basis des geschäftsführenden Kabinetts ist entscheidend von der taktischen Haltung der Kommunistischen Partei abhängig. Denn nach den Wahlen zum preußischen Landtag entfallen 47 Proz. der abgegebenen Stimmen auf die NSDAP. und DNVP., 37 Prozent auf alle übrigen Parteien und der Rest von 16 Prozent auf die Kommunisten. Ich will hier nicht im einzelnen zu der Frage Stellung nehmen, wie weit man noch von geordneten parlamentarischen Verhältnissen sprechen kann, wenn durch die Haltung der einzelnen Parteien der Kommunistischen Partei eine Schlüsselstellung eingeräumt wird. Diese Vorgänge allein hätten aber die Regierung an sich nicht veranlaßt, einen unmittelbaren Einfluß auf die Verhältnisse in Preußen zu nehmen.

Ich möchte aber auf folgendes hinweisen:

Die Kommunistische Partei Deutschlands erstrebt nach ihrem eigenen Bekenntnis und nach zahlreichen Feststellungen des höchsten deutschen Gerichtes den gewaltsamen Umsturz der Verfassung; sie arbeitet seit Jahr und Tag mit allen Mitteln an der Zersetzung von Polizei und Wehrmacht; sie versucht mit den verschiedensten Methoden die Zerstörung der religiösen, sittlichen und kulturellen Grundlagen unseres Volkstumes; und endlich ist es die KPD., die durch ihre illegalen Terrorgruppen Gewalt und Mord in den politischen Kampf hineingetragen hat. Will sich das deutsche Volk dieser Tatsache verschließen, will es außer acht lassen, daß die Tätigkeit der KPD. einen beharrlichen Kampf gegen die Lebensgrundlagen von Staat, Kirche, Familie und Millionen von Einzelschicksalen bedeutet? Das kann nicht sein. Ich stehe nicht an, in aller Offenheit zu erklären, daß es die sittliche Pflicht einer jeden Regierung ist, einen klaren Trennungsstrich zwischen den Feinden des Staates, den Zerstörern unserer Kultur und den um das Gemeinwohl ringenden Kräften unseres Volkes zu ziehen.

Weil man sich zu dieser, dem einfachen und natürlichen Rechtsempfinden entsprechenden Folgerung nicht entschließen konnte, weil man die sittlichen Elemente der politischen Bewegung außer acht ließ, hat sich von Monat zu Monat und von Tag zu Tag die Radikalisierung des politischen Kampfes gesteigert. Weil man sich in maßgebenden politischen Kreisen nicht dazu entschließen kann, die politische und moralische Gleichsetzung von Kommunisten und Nationalsozialisten aufzugeben, ist jene unnatürliche Frontbildung entstanden, die die staatsfeindlichen Kräfte des Kommunismus in eine Einheitsfront gegen die aufstrebende Bewegung der NSDAP. einreiht. Die Reichsregierung ist frei von parteipolitischen Bindungen, sie ist aber nicht befreit von der sittlichen Pflicht, offen die Feststellung zu treffen, daß durch eine solche gleichberechtigte Einschaltung staatsfeindlicher Elemente in den politischen Kampf die Grundlagen des Staates aufs Aeußerste gefährdet werden.

Die Reichsregierung hat in ernster Sorge diese Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse beobachtet. Sie hat seit Antritt ihres Amtes nach reiflicher Ueberlegung darauf verzichtet, in diese Entwicklung einzugreifen, so lange sie eine Sache der Parteien blieb. **Die Regierung war aber von dem Augenblick an zu eigenem Handeln verpflichtet, von dem an die zuerst nur aus parteitaktischen Gründen erfolgte Einschaltung der Kommunisten in eine Einheitsfront gegen die NSDAP. auch auf Maßnahmen verantwortlicher Regierungsstellen übergegriffen hat. Hier geht es um die Autorität des Staates.** Hier durfte nicht gezögert werden, im Interesse des Staates sofort Klarheit zu schaffen. Diese zwingende Notwendigkeit eines Eingriffes hat sich gegenüber der preußischen Staatsregierung ergeben. **Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen die kommunistischen Kampforganisationen einen Umfang annehmen konnten, der eine ständige Bedrohung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt. Es ist kein Zufall, daß nur in Preußen der Wahlkampf von einer erschreckenden Vermehrung blutiger Auseinandersetzungen begleitet worden ist. Die Feststellungen der letzten Zeit haben ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der schweren Unruhen nur auf Angriffe kommunistischer Terrorgruppen zurückzuführen ist.**

Alle einzelnen polizeilichen Maßnahmen, der hingebende Einsatz der örtlichen Polizeiorgane, haben eine dauernde und sichere Herstellung geordneter Verhältnisse nicht erzielen können. Diese Aufgabe kann nur durch planmäßige und zielbewußte Führung gegen die Urheber der Unruhen gelöst werden.

Die Reichsregierung hat die Feststellung treffen müssen, daß die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Preußen einer Reihe von maßgebenden Persönlichkeiten die innere Unabhängigkeit genommen hat, alle erforderlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der staatsfeindlichen Betätigung der KPD. zu treffen. Wenn beispielsweise hohe Funktionäre des preußischen Staates ihre Hand dazu bieten, Führern der Kommunistischen Partei die Verschleierung illegaler Terrorabsichten zu ermöglichen; wenn offen ein preußischer Polizeipräsident seine Parteigenossen auffordert, man möge die Kreise der Kommunisten nicht stören — dann wird die Autorität des Staates von oben her in einer Weise untergraben, die für die Sicherheit des Reiches unerträglich ist.

Die Maßnahmen der Reichsregierung richten sich nicht gegen die Selbständigkeit des Landes Preußen. Sie beschränken sich bewußt darauf, die Grundlagen für die Herstellung eines ordnungsmäßigen Rechtszustandes zu schaffen. Diese Grundlage muß aber die Wiederherstellung einer Staatsautorität sein, die völlig frei von einer nur irgendwie gearteten Verbindung zur staatsfeindlichen Kommunistischen Partei ist.

Die Reichsregierung will durch ihre Maßnahmen eine geordnete Durchführung des Wahlkampfes sicherstellen. Sie wird die freie politische Betätigung nur soweit einschränken, als zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung unbedingt erforderlich ist. Sie geht dabei von der Auffassung aus, daß die Ruhestörer, gleichgültig, von welcher Seite sie kommen, so scharf in ihre Schranken zurückgewiesen werden müssen, daß dem Volke der Austrag des Wahlkampfes ermöglicht wird.

Im Verlaufe der von mir als Reichskommissar für Preußen angeordneten Maßnahmen hat sich herausgestellt, daß der bisherige preußische Innenminister der verfassungsmäßig zu Recht erfolgten Verfügung des Herrn Reichspräsidenten nicht folgen wollte. Er hat erklärt, nur der Gewalt weichen zu wollen. **Nur aus diesem Grunde hat die Reichsregierung, einer Ermächtigung des Herrn Reichspräsident folgend, den militärischen Ausnahmezustand für Berlin und Brandenburg erklären müssen.** Der militärische Ausnahmezustand wird selbstredend nur so lange aufrecht erhalten, als es die Herstellung gesicherter Verhältnisse verlangt. Ich wiederhole die Erklärung der Reichsregierung von heute vormittag: **Die Selbständigkeit des Landes Preußen im Rahmen der Reichsverfassung wird nicht angetastet.** Die Reichsregierung erwartet vielmehr, daß alsbald eine Beendigung des auf Grund der Notverordnung geschaffenen Zustandes eintreten wird.

Mein Wunsch, mit den übrigen preußischen Ministern zusammenzuarbeiten, ist inzwischen durch einen Brief durchkreuzt worden, in dem die Herren es ablehnen, mit mir zusammenzuarbeiten. Damit haben diese Herren selbst eine neue Sachlage geschaffen.

Die Reichsregierung wird auf dem von ihr als richtig erkannten Wege unbeirrt fortschreiten.

Am Sonnabend Verhandlung vor dem Staatsgerichtshof.

Leipzig. (Funkspruch.) **Vom Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich ist Verhandlungstermin über den Antrag des bisherigen preußischen Staatsministeriums auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Sonnabend vormittag 10 Uhr anberaumt worden. Den Vorsitz wird in Vertretung des beurlaubten Reichsgerichtspräsidenten Dr. Bumke Senatspräsident Degg führen.**

SLUB
Wir führen Wissen.

Deutschnationale Wahlversammlung in Riesa.

Oberfinanzrat Dr. Bang sprach über Deutschlands Schicksal und den Weg zur Freiheit.

Die Deutschnationale Volkspartei, Ortsgruppe Riesa, hatte für gestern abend nach dem Höpfnersaal zu einer weiteren Wahlversammlung eingeladen, die von einer stattlichen Zahl nationalgesinnter Damen und Herren besucht war. Als Redner war der Spitzenkandidat der DNVP., Herr Oberfinanzrat Dr. Bang, gewonnen worden, der wiederum in äußerst objektiver Weise referierte. Anfangs begrüßte Herr Stadtrat Beckbrodt als Leiter der Versammlung die Erschienenen in herzlichen Worten, besonders den Herrn Referenten, der sich wieder einmal zur Verfügung gestellt habe. Alsdann nahm Herr Dr. Bang, von den Anwesenden stürmisch begrüßt, das Wort zu seinen Ausführungen.

Einleitend gab der Redner einige programmatische Darlegungen, wobei er u. a. sagte: Die bisher herrschenden Mächte rüsteten sich zu einem zentralen Vorstoß gegen den Nationalismus. Und dieser Vorstoß sei eingehüllt in einem Privatkrieg gegen die SA. der Nationalsozialisten. Sie als Deutschnationale, erklärte Herr Dr. Bang, würden den Nationalsozialisten in diesem Kampf unbedingt zur Seite stehen. Selbst der raffiniertesten Zentrumspolitik würde es nicht gelingen, sie — die Deutschnationalen — von den Nationalsozialisten wegzubringen. Diese Versuche würden auch in den anderen nationalen Lagern erfolglos bleiben, denn davon sei das Schicksal unseres ganzen Vaterlandes abhängig. Die sehr ernsten Wirtschaftsfragen, in denen die Deutschnationalen anderer Meinung als die Nationalsozialisten seien, würden zwischen den beiden Parteien nicht an der Oeffentlichkeit besprochen werden. Wie äußerst ernst die heutige Lage sei, würden die von der Regierung v. Papen gefaßten jüngsten Beschlüsse zeigen. Der Redner gab dabei auch seiner Befriedigung Ausdruck, daß der Wahlkampf sich bisher in Sachsen in anständigen Bahnen bewegte. Das deutschnationale Wahlziel laute: Herstellung einer nationalen Mehrheit. Solange aber das Zentrum in Deutschland noch die Macht ausübe, gebe es für Deutschland keinen Frieden und keine Freiheit. Retten könne uns nur und ganz allein der radikale Nationalismus; wer im deutschen Bürgertum an eine Rettung durch die politische Mitte glaube, sei ein Narr.

Im Anschluß nahm dann Herr Dr. Bang Stellung zu dem Ergebnis in Lausanne und der außenpolitischen Lage Deutschlands. Um nun davon ein klares Bild bekommen zu können, gab der Vortragende einen knappen Rückblick über die Außenpolitik Deutschlands in der Nachkriegszeit. Es wurde daran erinnert, daß das kaiserliche Deutschland am 5. November 1918 einen vollrechtlichen Friedensvertrag mit den kriegführenden Mächten abgeschlossen hatte, in dem nichts von Annexion, Kontribution etc. stand, in dem nur festgelegt war, daß der fremden Zivilbevölkerung für die Kriegsschäden Ersatz gegeben werden soll, der auf 25 Milliarden Mark berechnet worden war. Erst nach dem Umsturz wurde dieser Vertrag für ungültig erklärt und mit dem unheilvollen Abkommen von Versailles vertauscht, wo die deutschen Unterhändler, an der Spitze Erzberger, erklärten: Deutschland werde alles annehmen, damit die Feinde verziehen. Im Versailler Vertrag ist auch der berüchtigte Artikel 231 von der deutschen Kriegsschuld enthalten, was von deutschen Ministern als moralische Frage hingestellt worden sei. Wenn dieser Artikel gestrichen würde, müßte der ganze Vertrag fallen. Der Redner zeichnete dann auf, in welch ungeheuerlicher Weise man in jenem Vertrag zur Festsetzung der Tributlast auf 132 Milliarden Mark gekommen sei. Nach Versailles kam dann der Dawesplan, dem man noch den Raub der Staatshoheitsrechte hinzufügte. Dieser Plan wurde dann durch den Youngplan abgelöst, wo man eine Schuld von 114 Milliarden Mark errechnete. Durch eine Kommerzialisierung sollten die Tributlasten allmählich in Privatschulden umgewandelt werden. So wollte man die deutsche Freiheit verkaufen. Diese Wahnsinnspolitik, wie sich der Referent ausdrückte, habe zur Verelendung des deutschen Volkes führen müssen. Dann sei die Aera der Notverordnungen angebrochen. Es wurde an die Grundsätze der Regierung Brüning erinnert, wo es hieß: Erst Sanierung und dann erst Inangriffnahme der Tributfrage; die schwerste Sünde sei aber die gewesen, daß die Regierung eine Verständigung mit Frankreich anstrebte. Bei seinem Rückblick kam Herr Dr. Bang dann auf die Wahl zum Reichstag im Jahre 1930 zu sprechen, die den nationalen Aufschwung gebracht habe. Im Frühjahr 1931 sei dann der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft erfolgt. Im Juni wurden aus dem Ausland die Rufe laut: Stellt die Reparationen ein, aber in Deutschland geschah nichts. Die Weltansicht, daß die Reparationen als entgeltlose Forderungen die Weltwirtschaft ruinieren, fand in Deutschland keine Gegenliebe. Den Protesten der deutschen nationalen Opposition und der Industrie schenkte die Regierung keine Beachtung. Da kam dann am 21. Juni die Hoover-Botschaft. Es folgte der Bankenkrach mit seinen unheilvollen Auswirkungen. Am 8. Januar 1932 sei dann ein Aufatmen durch das deutsche Volk gegangen, als ein deutsches Nein gesagt wurde, aber da habe der damalige Reichsfinanzminister ein höchst überflüssiges Dementi gegeben, in dem der deutsche Erfüllungswille erneut festgelegt wurde.

So fand die neue Regierung von Papen eine außenpolitische Situation vor, die noch schlimmer als die innenpolitische war. Trotz der bisherigen ungeheueren Leistungen Deutschlands und trotz der furchtbaren Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit sei in Lausanne, entgegen den nationalen Erwartungen, ein neues Versprechen der Zahlung einer politischen Milliardenschuld gegeben worden. Trotzdem unsere Reparationslast in Höhe von 12 Milliarden, die in Privatschulden umgewandelt wurden und deren Jahres-Zinsleistung schon wieder so hoch wie eine Jahres-Dawesleistung sei, habe man sich zu neuen Versprechungen hinreißen lassen. Die Verzinsung der vorgenannten deutschen Privatlasten würde sich jährlich auf 180 Millionen Mark belaufen, die wir aus Ausfuhr-Ueberschüssen aufzubringen hätten, aus denen aber auch noch die deutsche Einfuhr bezahlt werden müsse. Wir seien also auf Generationen hinaus nicht in der Lage, unsere Privatschulden abzutragen, geschweige Abschlußzahlungen zu tragen. Den schwersten Fehler habe v. Papen in Lausanne gemacht, daß er auf die Gültigkeit des Vorfriedensvertrages verzichtete und daß er nicht die Kriegsschuldlüge aufrollte. Damit sei das Gebiet des Kuhhandels betreten worden. Weiter hätte nie von dem Willen einer neuerlichen Zahlung von 2—3 Milliarden gesprochen werden dürfen. So stehe man nun aber vor einem dritten Youngplan. Dann streifte noch der Redner das Gentleman-Abkommen, in dem das Ergebnis von Lausanne davon abhängig gemacht wird, daß Amerika den Feindstaaten die Privatschulden erläßt. Eine größere Frivolität hätte es in der Weltgeschichte noch nie gegeben.

Auf diesem Wege könne aber Deutschland nie zur Freiheit geführt werden. Nicht Genf mit seinem Völkerbund, der von Deutschland als Beitrag in diesem Jahr 2 157 100 RM erhalte, könne uns retten. Nur die nationale Hilfe führe zum Sieg. Ein Volk, das die Waffen abliefere, das die Freiheit und Wehrhaftigkeit preisgebe, verliere das tägliche Brot.

Der Redner schloß seine Ausführungen mit den Worten: Wir kämpfen für eine nationale Regierung auf dem Boden deutscher Ehre, die das Schandmal der deutschen Kriegsschuld beseitigt. Wir wollen nichts von Kompromissen wissen; wir kämpfen für den nationalen Aufstieg unter der ruhmreichen Flagge schwarz-weiß-rot. Die deutschnationale Wahlparole heißt: „Herr mach uns frei!"

Nach den mit spontanem Beifall aufgenommenen Ausführungen dankte der Versammlungsleiter, Herr Stadtrat Beckbrodt, für den wertvollen Vortrag und bat die Erschienenen, die Mahnung des Redners zu beherzigen und für den Gedanken schwarz-weiß-rot zu werben. In seinem Schlußwort forderte Herr Dr. Bang auf, im Kampf nicht zu verzagen, denn es gehe um die Befreiung Deutschlands.

Die deutschnationale Wahlversammlung wurde dann gegen 10 Uhr geschlossen.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 21. Juli 1932.

—* **Wettervorhersage für den 22. Juli 1932 (Mitgeteilt von der Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.)** Zeitweise auffrischende Winde aus westlichen Richtungen, vorübergehend starke Bewölkung, örtlich Nebel, Temperaturverhältnisse wenig geändert. Gewitterneigung, sonst keine erheblichen Niederschläge.

—* **Daten für den 22. Juli 1932. Sonnenaufgang 4,09 Uhr. Sonnenuntergang 20,03 Uhr. Mondaufgang 21,53 Uhr. Monduntergang 9,25 Uhr.**

1872: Der Staatsmann Karl Helfferich in Neustadt a. d. H. geb. (gest. 1924).

1909: Der Dichter Detlev v. Liliencron in Alt-Rahlstedt bei Hamburg gest. (geb. 1844).

•

—* Silberhochzeitsfeier und Geschäftsjubiläum. Morgen, am 22. d. M., ist es dem Schmiedemeister Herrn Edmund Geißler und seiner Gattin vergönnt, das Fest der Silbernen Hochzeit zu begehen. Am 1. Juli d. J. waren es auch 25 Jahre, seitdem Herr Geißler Besitzer seines Schmiede- und Hufbeschlag-Geschäftes ist. Als geprüfter Hufbeschlagmeister gliederte der Jubilar bald nach der Uebernahme des Geschäfts am 1. Juli 1907 der Schmiedewerkstatt den Spezialbetrieb des Beschlags huflahmer Pferde an. Schon der Vater des Jubilars ging in dem Schmiedegrundstück, Altmarkt 10, seinem Handwerk nach, und zwar bereits seit dem Jahre 1875, zu welcher Zeit das Grundstück durch Kauf in den Besitz der Familie Geißler kam. — Das Jubelpaar erfreut sich allgemeiner Wertschätzung; es sei ihm auch an dieser Stelle herzlichster Glückwunsch für ferneres Wohlergehen dargebracht.

—* Im Banne des Alkohols bedrohte gestern abend am Rathausplatz ein hiesiger Einwohner mit einem offenen Messer vorübergehende Fußgänger. Der Rohling wurde durch einen hinzugezogenen Polizeibeamten zur städtischen Polizeiwache gebracht und in Haft genommen.

—* Das Freiw. Rettungskorps rückte gestern abend gegen 6 Uhr zu einer größeren Uebung aus.

—* Strasser-Tag in Riesa! Am Sonntag, den 24. Juli 1932 wird in den beiden größten Sälen der Stadt Riesa die größte Wahlkundgebung innerhalb der Amtshauptmannschaft Großenhain abgehalten. Es sprechen dort außer dem Reichsorganisationsleiter und engsten Mitarbeiter Adolf Hitlers Gregor Strasser, der Abgeordnete des sächs. Landtags M. v. Killinger, Inspekteur Ost und Pfarrer Krieger, jener bekannte Seelsorger, der einen ungeheuren Kampf gegen die Mißstände in den rumänischen Kriegsgefangenenlagern geführt hat. — Der Vorverkauf hat begonnen. Festabzeichen sind in der Geschäftsstelle der NSDAP. Ortsgruppe Riesa im Hotel Kronprinz, Hauptstraße 7, Tel. 195 zu haben. (Siehe Anzeigenteil.)

—* Oeffentliche Wählerversammlung. Kommenden Montag abend wird im Restaurant Elbterrasse eine öffentliche Wählerversammlung stattfinden, in welcher der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Ostsachsen, Reichstagsabgeordneter Dr. Rudolph Schneider aus Dresden über „Der Kampf der Deutschen Volkspartei" sprechen wird. Hierzu beachte man die Anzeige in vorliegender Tageblattnummer.

—vdz. Zehnmark-Noten werden einbehalten. Der Reichsfinanzminister hat im Anschluß an ein früheres Schreiben nach einer Mitteilung der Deutschen Beamtenbund-Korrespondenz jetzt erneut an Reichsbahn und Reichspost ein Schreiben gerichtet, in dem folgendes ausgeführt wird: Von verschiedenen Seiten ist mir zu Ohren gekommen, daß an den Schaltern der Post und der Eisenbahn beim Herausgeben von Wechselgeld 10-Mark-Scheine ausgezahlt werden. Auch Mitglieder meines Ministeriums haben an den Schaltern des Anhalter Bahnhofs in Berlin, des Hauptbahnhofs in Leipzig sowie an Eisenbahnschaltern in Süddeutschland, auch bei verschiedenen Postanstalten beim Wechseln größerer Banknoten 10-Mark-Scheine erhalten. Auf den Vorhalt, es sollten doch keine Zehnmarkscheine, sondern Silbergeld gegeben werden, haben die betreffenden Beamten erklärt, sie hätten kein Silbergeld. Ein derartiges Verhalten ist geeignet, die Bestrebungen der Reichsregierung und der Reichsbank zu vereiteln, die darauf abzielen, das Silbergeld dem Verkehr zuzuführen, und die Reichsbank von ihren Beständen zu entlasten. Die Zehnmarkscheine müssen unter allen Umständen in möglichst großem Umfange aus dem Verkehr gezogen werden. Ich wiederhole daher dringend meine Bitte, die unterstellten Kassen erneut strengstens anzuweisen, alle eingehenden Zehnmarknoten einzubehalten und unverzüglich an die Reichsbank abzuliefern.

—* Schöffen- und Geschworenenwahlen. Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 ist die Wahlperiode der Schöffen und Geschworenen vom 1. Januar 1933 ab auf zwei Jahre ausgedehnt worden. Die §§ 36 und 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes sind dementsprechend dahin geändert worden, daß die Urliste nicht mehr alljährlich, sondern nur noch in jedem zweiten Jahre einer Wahlperiode aufzustellen sind und der Ausschuß für die Wahl der Schöffen und Geschworenen ebenso nicht mehr alljährlich, sondern nur in jedem zweiten Jahre einer Wahlperiode zusammentritt. Die Amtstätigkeit der für 1932 gewählten Schöffen und Geschworenen endigt unverändert mit Ablauf dieses Jahres. Im laufenden Jahr ist daher nach einer Verordnung des Sächsischen Innenministeriums in der üblichen Weise noch die Urliste aufzustellen und die Wahl der Vertrauensleute für den Ausschuß nach § 40 des Gerichtsverfassungsgesetzes vorzunehmen. Die nächste Aufstellung der Urliste und die nächste Wahl der Vertrauensleute findet dagegen erst wieder im Jahre 1934 statt.

—* Beitreibung von Anliegerleistungen. Vom Ministerium des Innern wird mitgeteilt: Von Mitgliedern des Landtages ist darüber Klage geführt worden, daß bei der Beitreibung von Anliegerleistungen nicht immer so schonend verfahren werde, wie es die gegenwärtig bedrängte Lage des Hausbesitzes verlange. Die Regierung muß, wie sie vor kurzem auf eine entsprechende Anfrage im Landtage bereits erklärt hat, erwarten, daß die Gemeinden bei der Eintreibung von Anliegerleistungen auf die wirtschaftliche Lage der Grundstücksbesitzer die erforderliche Rücksicht nehmen und jedenfalls eine unvermutete Eintreibung unterlassen. Nach Prüfung der Verhältnisse im Einzelfalle wird vielfach eine weitere Stundung zugestanden werden müssen.

—* Deutsche Volkspartei und Reichswahlvorschlag. Die Pressestelle der Deutschen Volkspartei teilt mit: Bekanntlich hat die Deutsche Volkspartei ihre Reichsliste mit derjenigen der Deutschnationalen vereinigt. Daher erscheint die Deutsche Volkspartei nicht unter dem Verzeichnis der eingereichten Reichswahlvorschläge. Dagegen hat die Deutsche Volkspartei in sämtlichen 35 Wahlkreisen eigene Wahlvorschläge eingereicht, die überall die Nr. 6 führen. Die in den Wahlkreisen nicht verbrauchten Reststimmen der Deutschen Volkspartei kommen auf der Reichsliste der Deutschnationalen zur Verrechnung. Sie erhält von dieser Liste diejenigen volksparteilichen Mandate, die nach ihrer Reststimmenzahl sich ergeben. So geht keine Stimme verloren.

—* Listenverbindung Wirtschaftspartei—Bayerische Volkspartei. Wie uns mitgeteilt wird, hat die Reichspartei des Deutschen Mittelstandes, Wirtschaftspartei, (Liste 7), ihre in den Wahlkreisen für die Reichstagswahl eingereichten Vorschlagslisten mit der Reichsliste 9 (Bayerische Volkspartei) verbunden, um zu vermeiden, daß für die Wirtschaftspartei abgegebene Stimmen verloren gehen. Die Wirtschaftspartei hat dieses wahltechnische Abkommen mit der BVP. ohne jede politische Bindung unter Wahrung der absoluten Freiheit nach den Wahlen getroffen. Die Wahlkreiskandidaten der Wirtschaftspartei sind auf der Reichsliste untergebracht worden.

—* Vorsprachen in Wohnungsbauangelegenheiten. Vom Arbeits- und Wohlfahrtsministerium wird darauf hingewiesen, daß ein persönliches Vorsprechen von Bauwerbern oder anderen Personen in deren Auftrage zwecklos ist. Bauwerber haben sich in allen Fällen an die zuständigen Verteilungsstellen zu wenden, bei denen auch etwaige schriftliche Anträge zu stellen sind. Die Verteilungsstellen werden ersucht, dies in geeigneter Weise bekanntzumachen.

—* Aus der Rechtsprechung des Sächsischen Oberverwaltungsgerichts. In einer Entscheidung, die eine Anzahl von grundsätzlichen Ausführungen über Beamtenrechtsfragen enthält, stellte das Oberverwaltungsgericht in Abweichung von der Rechtsprechung des Reichsgerichts für das sächsische Beamtenrecht den Grundsatz auf, daß die dauernde Uebertragung eines Amtes mit einem ganz oder hauptsächlich durch obrigkeitliche Aufgaben gebildeten Geschäftskreis zu berufsmäßiger Verwaltung die Begründung eines öffentlich-rechtlichen Beamtenverhältnisses voraussetze und dieses jedenfalls — ohne Rücksicht auf den Willen der übertragenden Behörde — an sich schon begründe. Diese Ansicht unterscheidet sich von der des Reichsgerichts wesentlich dadurch, daß sie nicht wie das Reichsgericht jeder Uebertragung von hoheitlichen Funktionen die automatische Folge der Begründung eines Beamtenverhältnisses gibt, sondern nur dann ein Beamtenverhältnis als entstanden ansieht, wenn die obrigkeitlichen Aufgaben den übertragenen Geschäftskreis ganz oder hauptsächlich ausfüllen.

—* Für die Unwettergeschädigten. Nunmehr hat auch die Landtagsfraktion der Wirtschaftspartei einen Antrag eingebracht, der die Regierung um Bereitstellung von Mitteln zur Behebung der Unwetterschäden ersucht. Die Flußregulierungsarbeiten in den heimgesuchten Gebieten sollen sofort gegebenenfalls durch den freiwilligen Arbeitsdienst in Angriff genommen werden.

—* Kein Koloradokäfer in Sachsen. Von der Nachrichtenstelle der Staatskanzlei wird mitgeteilt: Der gefürchtete Koloradokäfer ist dem sächsischen Kartoffelbau erfreulicherweise noch ferngeblieben, und alle bisher zur Anzeige gelangten Verdachtsfälle und voreiligen Alarmnachrichten der Presse haben sich als irrig erwiesen. Der Koloradokäfer und seine Brut wurden meist verwechselt mit derjenigen nützlichen Marienkäfer, die an den Kartoffelstauden den in ihrer Vermehrung durch die feuchtwarme Witterung starke begünstigten Blattläusen nachstellen, ohne den Pflanzen zu schaden. Gleichwohl müssen auch ferner verdächtige Fraßschäden am Kartoffelkraute den Gemeindebehörden ungesäumt gemeldet werden, damit festgestellt werden kann, ob es nicht doch etwa um eine Einschleppung jenes gefürchteten Schädlings handelt. Unbegründete Alarmnachrichten in der Presse aber können unserem Pflanzenbau nur empfindlich schaden und sind daher unter allen Umständen zu vermeiden, solange nicht tatsächlich der Koloradokäfer durch die hierfür im Freistaat Sachsen allein zuständige Staatliche Hauptstelle für landwirtschaftlichen Pflanzenschutz, Dresden-Altstadt 16, Stübelallee 2 GH. (Ruf: 65 320) einwandfrei festgestellt ist, mit der man sich deshalb unter Einlieferung von Untersuchungsmaterial in jedem Verdachtsfalle ohne Verzug in Verbindung setzen möge.

Bornitz. Güterzug fährt in eine Rinderherde. Am Dienstag, 5,45 Uhr abends, fuhr der Güterzug Nr. 7366 unmittelbar hinter dem Ausfahrtssignal nach Richtung Oschatz in eine Rinderherde, die bei einem Ausbruch aus der Weide auf den Schienen der Strecke Leipzig—Dresden gelandet war. Der in voller Fahrt befindliche Zug, dessen Notruf man im Orte hörte, konnte trotz sofortigen Bremsens nicht früh genug zum Stehen kommen und überfuhr zwei Stück Vieh. Eins ist gestreift. Die übrigen wurden mit Mühe ihrem Standort — Rittergut — zugeführt. Eine Störung des Betriebs ist nicht eingetreten.

* Lommatzsch. Sträflicher Leichtsinn. Als in Eulitz einige junge Burschen mit einem Tesching nach Spatzen schossen, traf eine Schrotladung einen in der Nähe arbeitenden 35 Jahre alten Gärtner ins Gesicht. Der Verletzte wurde dem Meißner Landkrankenhaus zugeführt. Es steht zu befürchten, daß der Bedauernswerte das Licht beider Augen verlieren wird.

Mügeln. Tödlicher Unfall. Ein hochbedauerlicher Unfall führte Dienstag vormittag 3/4 9 Uhr zum Tode eines allseitig beliebten Mitbürgers, des Geschirrführers Karl Hunger. Er war mit seinem Geschirr wie alljährlich in der Landwirtschaftlichen Maschinenzentrale mit dem Herausschleppen von Dreschmaschinen beschäftigt. Der so besonnene Mann wurde von einer hinter ihm aus der Maschine herausragenden Treibriemenscheibe erfaßt und gegen einen Pfosten gedrückt. Er war sofort tot. Ein Verschulden von anderen Personen kommt, wie durch die polizeiliche Untersuchung festgestellt wurde, nicht in Frage.

* Dresden. Personalien von der Dresdner Börse. In den Vorstand der Dresdner Börse sind Dr. Hans Uhlig, Direktor des Landwirtschaftlichen Kreditvereins Sachsen, und Johannes Heyne, Direktor der Zeiß-Ikon A.-G. eingetreten, jener vom Börsenvorstand zugewählt, dieser von der Industrie- und Handelskammer entsandt. In die Zulassungsstelle der Börse sind neu eingetreten Bankdirektor Max Richter von der Adca Dresden (vom Börsenvorstand gewählt) und Konsul Max Reimer, früher Direktor der Dresdner Bank in Dresden und früheres Mitglied des Börsenvorstandes (von der Industrie- und Handelskammer gewählt).

SLUB
Wir führen Wissen.

* **Dresden.** Auf der Königsbrücker Straße im Industriegelände verunglückte gestern der Lokomotivführer Ulbricht, der mit seinem Motorrade in schneller Fahrt zwei Personenkraftwagen überholen wollte. Er prallte gegen einen Baum und erlitt einen Schädelbruch, der den sofortigen Tod herbeiführte. Auch der Soziusfahrer wurde leicht verletzt. — An der Reicker Rennbahn wurde Dienstag abend ein junger Mann in bewußtlosem Zustand aufgefunden und mit schweren inneren Verletzungen dem Carolahause zugeführt. Wie verlautet, war er von einem aus einem Flugzeug abgeworfenen Paket Wahlflugblätter getroffen worden. — In der Schulgutstraße wurde gestern nacht eine leere Kraftdroschke aufgefunden, deren Erkennungsnummer verändert worden war. Es handelt sich um den in der Nähe der Rehbockschänke bei Meißen einem Kraftdroschkenführer mit Gewalt geraubten Wagen. Von den Räubern fehlt bis jetzt noch jede Spur.

* **Dresden.** Heinrich Schütz-Straße in Dresden. Der Rat beschloß, die Wasserturmstraße in Blasewitz nach dem in Dresden als Hofkapellmeister wirkenden großen deutschen Tonmeister Heinrich Schütz, dessen Todestag sich am 6. November zum 260. Male jährt, in Heinrich Schütz-Straße umzubenennen.

* **Dresden.** Aus der schwarzen Chronik. Im Gaswerk Reick stürzte am Mittwoch vormittag ein 40 Jahre alter Arbeiter in einen Behälter mit heißem Wasser. Der Arbeiter erlitt schwere Verbrühungen an den Beinen und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. — In der Nacht zum Mittwoch fand man auf der Schöffergasse einen Mann in tiefer Bewußtlosigkeit auf der Straße liegend auf. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo festgestellt wurde, daß er in selbstmörderischer Absicht eine große Anzahl Veronaltabletten zu sich genommen hatte.

* **Pulsnitz.** Ein Krankenhaus in Not. Der Stadtrat zu Pulsnitz hat einen Aufruf erlassen, in dem es heißt, die Stadt sei infolge ihrer finanziellen Notlage nicht mehr imstande, die Zuschüsse für die Aufrechterhaltung des Pulsnitzer Krankenhauses aufzubringen. Das Krankenhaus müsse daher geschlossen werden, wenn es nicht gelinge, durch freiwillige Spenden die Mittel für die Fortführung in Höhe von 11 000 Mark aufzubringen. In dem Aufruf werden die Bewohner der Stadt und ihrer Umgebung zur Nothilfe aufgefordert.

* **Schandau.** Guter Besuch in Bad Schandau. Die Sächsische Schweiz hat trotz aller Wirrnisse der Zeit auch in diesem Jahre einen guten Ferienbesuch zu verzeichnen. Nach einer Mitteilung der Kurverwaltung ist die Zahl der Dauergäste in Bad Schandau seit Jahren im fortgesetzten Steigen begriffen. Mit Rücksicht auf die gesunkene Kaufkraft der Bevölkerung sind die Preise weiter gesenkt worden.

* **Neustadt.** Verunglückte Motorradfahrer. Auf der Staatsstraße nach Sebnitz stieß ein Motorrad so heftig mit einem Kraftwagen zusammen, daß es in den Straßengraben geschleudert wurde. Der Lehrer Fiedler und Landwirt Siebenreicher brachen die Beine; eine Frau wurde am Rücken schwer verletzt. Alle drei wurden dem Sebnitzer Krankenhause zugeführt.

* **Bautzen.** Die Berufungsinstanz erhöhte die Strafe. Das Bautzener Gemeinsame Schöffengericht hatte vor einiger Zeit den früheren Bürgermeister Schwerdtner aus Rohnau bei Hirschfelde wegen Amtsunterschlagung zu 500 Mark Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt. Schwerdtner hatte zugegeben, daß er 320 Mark vereinnahmte Gemeindegelder für sich verbraucht habe. Seine Dienstzeit war 1930 abgelaufen. In der Folgezeit stellte sich heraus, daß Schwerdtner mehrere Beträge in einer Gesamthöhe von etwa 900 Mark nicht verbucht hatte. Die unterlassenen Buchungen bezeichnete Schwerdtner als versehentliche Fehler. Er hatte gegen das Urteil Berufung eingelegt, mit der sich jetzt das Bautzener Landgericht zu beschäftigen hatte. Dieses kam zu der Ueberzeugung, daß Schwerdtner die Gelder unterschlagen und deshalb die Buchungen unterlassen habe. Das erstinstanzliche Urteil wurde aufgehoben und Schwerdtner unter Zubilligung mildernder Umstände zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

* **Löbau.** Massenbesuch im Unwettergebiet. Die von dem letzten Unwetter heimgesuchten Gebiete der Oberlausitz hatten am Sonntag und in den letzten Tagen einen Massenzustrom von Besuchern und Schaulustigen zu verzeichnen, die zu Fuß, zu Rad und im Auto zu zehntausenden die Gegend von Bernstadt und Kemnitz besichtigten. Dabei mußte mehrmals die Hilfeleistung von Sanitätern in Anspruch genommen werden. Auch Wittgendorf wies einen starken Verkehr auf. Die Gastwirtschaften waren überfüllt. In Kemnitz ergab eine Sammlung unter den Besuchern einen Betrag von etwa 1400 Mk. zu Gunsten der Geschädigten.

* **Berbisdorf.** Wenn man beim Kaffeekochen einschläft. Als der Mechaniker Oskar Fleischer in Abwesenheit seiner Ehefrau Kaffee kochen wollte, schlief er ein. Das überkochende Wasser löschte die Gasflammen aus, und das ausströmende Gas erstickte den Mann.

* **Wurzen.** Aus der Ratssitzung. Der Rat nahm in seiner Sitzung am 15. d. M. Kenntnis von dem Polizeibericht über die Versammlung der NSDAP. am 14. Juli 1932, die wegen Beleidigung der städtischen Beamten aufgelöst werden mußte. Es wurde beschlossen, gegen den Leiter der Versammlung Strafantrag zu stellen. Dann wurde noch der Bericht des Bürgermeisters über die Höhe der finanziellen Aufwendungen für die im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes vorgenommenen Arbeiten auf dem Arbeitersportplatz entgegengenommen und beschlossen, den Verkauf von Speise-Eis vor dem Krankenhaus zu verbieten.

* **Frohburg.** Zweifelhafte Kapitalanlage. In einem benachbarten Dorf hatte ein Sparer sein Geld, einige tausend Mark, von der Sparkasse abgehoben und zu Hause hingelegt. Ein Spitzbube war dahinter gekommen, hatte bei dem Mann einen Einbruch verübt und die gesamten Ersparnisse gestohlen.

Geringswalde. Wie gefährlich Rauchen im Bett ist, zeigte wieder einmal ein Brand bei Gutsbesitzer Erhard Fritzsche hier. Der dort im Dienst stehende Stallschweizer hatte sich auf sein Bett gelegt, dabei geraucht und war darüber eingeschlafen. Durch den sich entwickelten Rauch wachte er auf und fand sein Bett und das Zimmer in hellen Flammen stehend. Er alarmierte schnell die Mitbewohner und versuchte selbst, mit herbeigeholtem Wasser das Feuer zu löschen. Es gelang ihm schließlich auch mit Unterstützung eines Mitbewohners durch einen Mintmax das Feuer nach kurzer Zeit zu löschen, so daß die herbeigeholte Feuerwehr gar nicht erst in Tätigkeit zu treten brauchte.

* **Annaberg.** Gegen die Herabsetzung der Unterstützungen. Die Kirchenbezirksvertretung Annaberg erläßt eine Kundgebung, in der sie die durch die letzte Notverordnung verursachte Herabsetzung der Unterstützungssätze und Rentenbezüge bedauert. Sie könne nicht schweigen, weil Pfarrer und Kirchgemeindevertretungen in besonderer Weise durch ihre Dienste die Not der davon Betroffenen kennen und fühlen. Sie bitte die verantwortlichen Stellen und Regierungen, alles zu erwägen, um die Härten zu mildern.

Aufruf der Staatsregierung
für die Unwettergeschädigten

Die Sächsische Staatsregierung hat angesichts der Lausitzer Unwetterkatastrophe folgenden Aufruf erlassen:

An die Bevölkerung!

Unwetter von furchtbarem Ausmaße haben am 14. und 15. Juli 1932 große Teile der Lausitz heimgesucht. Die reißenden Fluten haben schwerste Schäden an Hab und Gut verursacht; zahlreiche Brände folgten dem zündenden Blitz. Häuser wurden zerstört, Vorräte und Mobiliar vernichtet, Gärten und Felder verwüstet, Straßen wurden metertief abgedeckt, Brücken weggerissen.

Der Schaden läßt sich noch nicht annähernd beziffern. Er dürfte eine Million übersteigen und leider nicht geringer sein als derjenige, der im Vorjahre im Erzgebirge erwachsen ist. Viele Einwohner der betroffenen Orte wissen nicht, wie sie sich und ihre Familie weiter durchbringen sollen. Unter ihnen herrscht Kummer und Verzweiflung. Regierung, Bezirksverbände und Gemeinden werden ihr Möglichstes tun zur Behebung der Schäden an Wegen und Wasserläufen. Um das Unglück, das die Einzelnen betroffen hat, mildern zu können, muß die Allgemeinheit aufgerufen werden. Deshalb wird an Alle, die von der Naturkatastrophe verschont blieben und die noch ein Scherflein entbehren können, die dringende und herzliche Bitte gerichtet, der großen Not durch eine Spende steuern zu helfen. Jede kleinste Gabe ist willkommen.

Die öffentlichen Kassen sind verpflichtet, auch die kleinsten Geldbeträge entgegenzunehmen und das Sammelergebnis an die Amtshauptmannschaft Löbau, die vom Gesamtministerium mit der einheitlichen Durchführung der Hilfsaktion betraut worden ist, abzuführen. Die Kassen der privaten Banken und Kredite und Geschäftsstellen der Tageszeitungen werden ersucht, dasselbe zu tun.

Dresden, 20. Juli 1932.

Die Staatsregierung
Die Bezirksverbände der Amtshauptmannschaften Löbau und Zittau

Anzeigen

für die Sonnabend-Ausgabe des „Riesaer Tageblattes"

mit Ankündigungen für Sonntag oder Montag wolle man sofort abgeben lassen. Anzeigen-Annahme und unentgeltliche Hilfe bei Anfertigung von Anzeigen täglich von früh 8 Uhr ab.

Fernruf 20. **Geschäftsstelle des Riesaer Tageblattes.**

* **Schneeberg.** Neues Warnungszeichen. Die Staatsstraße Annaberg—Schneeberg kreuzt in Kilometer 33,248 die Reichsbahnlinie Schneeberg—Neustädtel—Niederschlema am Haltepunkt Schneeberg in Schienenhöhe. Die Kreuzung ist unbeschrankt und unbewacht. Der Verkehr, insbesondere der Kraftwagenverkehr auf dieser Straße hat sich in den letzten Jahren derart gesteigert, daß zur besseren Warnung des Straßenverkehrs vor dem Zugverkehr ein wirksames Zeichen an den vorhandenen Warnkreuzen notwendig erschien. Hierzu ist eine selbsttätige Warnlichtanlage (Blinklichtanlage) in Verbindung mit den Warnkreuzen gebracht worden. Solche Warnlichtanlagen an Wegübergängen über Eisenbahnen sind zur Zeit in Deutschland noch selten, während sie im Auslande (Schweiz, Schweden) bereits häufig angewendet werden. Das neue Signal hat in weiten Kreisen Zustimmung gefunden. Die Anlage besteht zu beiden Seiten der Bahn aus Blinklichtsignalen, die am Ständer der Warnkreuze unter den Warnkreuzen befestigt sind. Als Betriebszeichen erscheint den Wegebenutzern in den Zugpausen weißes langsam blinkendes Licht und bei Zugfahrten rotes schnellblinkendes Licht. Das weiße Blinklicht gibt einen Anhalt dafür, daß der Uebergang frei ist. Das rote Blinklicht zeigt an, daß sich dem Uebergang ein Zug nähert. Die Blinklichtanlage wird im Juli 1932 in Betrieb genommen. Sie ist die erste, die in Sachsen aufgestellt worden ist. Sie wird aus Richtung Aue 250 Meter und aus Richtung Schneeberg 180 Meter zuvor durch die vorschriftsmäßige Warnungstafel (Dreieckstafel mit dem Lokomotivzeichen) angekündigt.

* **Falkenau.** Ertrunken. Die 47 Jahre alte Kriegerwitwe Schmidt glitt nachts auf dem schmalen Uferwege an der Flöha aus und fiel in den Hochwasser führenden Fluß. Die Leiche konnte geborgen werden.

* **Taura.** Mit dem Messer auf den Bürgermeister. Am Montag wurde der hiesige Bürgermeister in seinem Amtszimmer in Gegenwart eines Polizeibeamten von einem älteren Mann überfallen. Der Polizeibeamte konnte dem Täter das Messer entwinden, wurde aber durch zwei Stiche nicht unerheblich verletzt.

* **Zwickau.** Schwerer Verkehrsunfall. Am Dienstag wurde in Planitz der Milchwagen des dortigen Rittergutes von einem Personenkraftwagen angefahren. Dabei wurden der Milchhändler Ernst Heumann und seine Frau vom Wagen geschleudert und schwer verletzt. Die 41 Jahre alte Frau starb bald darauf im Zwickauer Krankenstift an den Folgen des erlittenen Schädelbruchs, während der Mann in bedenklichem Zustande darniederliegt. Das Pferd des Milchgeschirrs ging mit dem Wagen durch und rase noch ein Stück weiter, bevor es angehalten werden konnte.

* **Crimmitschau.** Der Tod auf der Landstraße. Am Montag nachmittag wurde auf der Rudelswalder Straße ein Crimmitschauer Einwohner von einem Schlaganfall betroffen, der den alsbaldigen Tod zur Folge hatte. Die Leiche wurde nach der Friedhofshalle in Neukirchen gebracht.

300 000 Wohlfahrtserwerbslose in Sachsen.

)(**Dresden.** Die Zahl der von den sächsischen Gemeinden betrauten Wohlfahrtserwerbslosen ist auch weiterhin gestiegen. Nach den Meldungen der Bezirksfürsorgeverbände an das Statistische Landesamt wurden Ende Juni 1932 in Sachsen 298 785 vom Arbeitsamt anerkannte Wohlfahrtserwerbslose gezählt gegenüber 291 657 am Ende des Vormonats, so daß im Juni eine Zunahme um 7126 oder rund 2 v. H. zu verzeichnen ist. Berücksichtigt man noch die 8664 Unterstützungsempfänger, deren Anerkennung als Wohlfahrtserwerbslose das Arbeitsamt am Stichtage noch nicht ausgesprochen oder abgelehnt hatte, so ergibt sich, daß in Sachsen Ende Juni 307 447 Arbeitslose oder rund 51 v. H. aller unterstützten Arbeitslosen der Wohlfahrtspflege der Gemeinden zur Last fielen, während auf die Arbeitslosenversicherung 120 568 und die Krisenfürsorge 172 694 Hauptunterstützungsempfänger — zusammen 17 338 weniger als Ende Mai — entfielen.

Die auf 1000 Einwohner errechnete Zahl der anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen erreichte Ende Juni 1932 im Landesdurchschnitt 59,8 (gegen 58,4 am 31. Mai 1932 und 31,2 Ende Juni 1931). Wesentlich größer ist die Wohlfahrtserwerbslosigkeit in folgenden Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern: Pirna 97,8, Heidenau 97,4, Chemnitz 91,8, Freital 88,9, Olbernhau 84,0, Freiberg 83,9, Großenhain 82,8, Wurzen 82,6, Plauen 80,0, Radeberg 77,8, Siegmar 75,8, Oschatz 74,7, Bautzen 72,4, Meißen 72,2, Mittweida 71,7, Leipzig 71,2. Unter den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden standen Leipzig (78,0), Pirna (72,9) und Flöha (69,9) an der Spitze.

Eine Verordnung über Waffenbesitz.

Berlin. (Funkspruch.) **Der Inhaber der vollziehenden Gewalt erläßt folgende Verordnung:**

Auf Grund der Notverordnung vom 23. Juli 1932 wird folgendes verordnet:

§ 1. Wer hinreichend verdächtig ist, eine strafbare Handlung mittels einer Waffe begangen oder eine Waffe unbefugt geführt zu haben, und wer gemeinsam mit anderen an öffentlichen Orten bewaffnet erschienen ist, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 2. Wer bei einer Waffendurchsuchung gegenüber der bewaffneten Macht oder der Polizei auf Befragen den Besitz von Waffen oder Munition oder andere ihm bekannte Bestände an Waffen oder Munition verheimlicht, wird — unbeschadet der strafrechtlichen Verfolgung — in Haft genommen.

§ 3. Die Haftanordnung unterliegt keiner Anfechtung.

§ 4. Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

Unfallverhütung in der Erntezeit.

Die einsetzende Erntearbeit in der Landwirtschaft bringt erfahrungsgemäß eine große Anzahl von Unfällen mit sich, die vielfach auf Unachtsamkeit oder verbotswidriges Verhalten zurückzuführen sind. Meist handelt es sich um Unfälle durch Sturz vom Wagen, um Verletzungen durch ungeschützte Sensen, durch Mähmaschinen und durch Stiche mit der Heugabel. Alle in der Landwirtschaft tätigen Personen werden daher gut tun, in ihrem eigenen Interesse und im Interesse ihrer Mitarbeiter folgende Gesichtspunkte genau zu beachten: Jedes Auf- und Absteigen vom Fuhrwerk während der Fahrt ist zu vermeiden; das Sitzen oder Stehen auf der Deichsel, dem Langbaum oder der Waage, der Schere oder dem Karrenbaum während der Fahrt bringt Gefahr; beim Aufladen von Heu, Klee Getreide usw. auf dem Feld sind die Zugtiere stets unter Aufsicht zu halten. Die auf dem Wagen arbeitenden Personen sind vor jedesmaligem Weiterrücken hiervon laut zu benachrichtigen; beim Staken und Abnehmen von Heubunden und Garben ist Vorsicht am Platze; vor der Beseitigung von Störungen an bespannten Mähmaschinen ist das Getriebe auszurücken; die Zugtiere sind abzuhängen. Beim Abhängen an der Mähmaschine nie vor, sondern stets neben oder hinter den Messerbalken treten! Beim Tragen von Sensen vom und zum Feld ist die Klinge in ihrer ganzen Länge zu verstecken (Sensenschuh).

Der Giftschierling.

Immer wieder hört man, daß Personen — vor allem Kinder — am Genuß der Schierlingsknollen sterben. Der Schierlingsbecher, den Sokrates trank, lebt auf in der Erinnerung angesichts der Opfer der blühenden Umbelliferen. Sie sind nächst dem Bärenklau die Riesen unter unseren doldenblütigen Gewächsen. Wir unterscheiden an unseren Flußufern, auf den Wiesen und in unseren Gärten 12 Arten, teils giftig, teils verdächtig. Die gefährlichsten von ihnen sind der „Gefleckte Schierling", der „Wasserschierling" und der „Gartenschierling". Der Gefleckte Schierling (Conium Maculatum) soll den sokratischen Trank geliefert haben. In einer Höhe von ein bis zwei Metern setzen die zartgerillten Stengel die zahlreichen Dolden mit den vielen weißlichen Blütchen an. Häufig sind die Stengel am Grunde braunrot, dem diese gefährliche Giftpflanze ihren Beinamen verdankt. Ihr etwas kleinerer Bruder, der Wasserschierling (Cicuta virosa) ist unsere giftigste Doldenpflanze. Der Genuß der grünen Blätter oder hohlen, fächerigen nach Sellerie duftenden Wurzelknollen kann für Menschen und Vieh tödliche Folgen haben. An Sümpfen und Wasserläufen prangen über den zwei- und dreifach gegliederten Blättern mit vielen schaftgesägten Blättchen die unangenehm riechenden weißen Blütendolden. — Auf Schutthalden und in Gärten zwischen Petersilie usw. sprießt der Gartenschierling, auch Hundepetersilie genannt. Wenn sie jung ist, kann die Pflanze leicht mit der echten Petersilie verwechselt werden, unterscheidet sich aber von dieser durch den starken Glanz der Blätter, die übrigens auch spitzer sind und beim Reiben einen widerlichen Geruch von sich geben. Der Genuß dieser Giftpflanze bewirkt Erbrechen und Schwindel, ja sogar manchmal die völlige Lähmung des Nervensystems. Die übrigen giftigen Doldenblütler sind weniger gefährlich. Der „Betäubende Kälberkropf" mit seinen dunkel-graugrünen Blättern und violetten, in dichten Dolden stehenden Früchtchen, ist ebenfalls ein Schierling-Artgenosse. Lediglich verdächtig ist der Riese unter unseren Umbelliferen, der Bärenklau, die Kümmelfilge und die „Röhrige Rebendolde". Diese Umbelliferen gleichen sich äußerlich, wenn sie auch von verschiedener Größe sind, bevorzugen nasse Wiesen oder Wasserläufe und Schutthalden, fallen durch ihr imposantes und stolzes Aeußere auf, sind aber meist trotz ihrer Giftigkeit wenig bekannt.

Allwetter-Creme Bräunt u. schützt Dringt rasch in die Haut ein **4711**

Gregor Straßer spricht in Riesa

am **Sonntag, 24. Juli 1932** im **Stern- und Höpfner-Saal**
Außerdem: **von Killinger, Pfarrer Krieger**

Militär-Musik: 2 Kapellen

Einlaß 7 Uhr
Beginn 8 Uhr

Festabzeichen zum Preise von RM. —.50 und Platzkarten zum Preise von 1.—, 2.— und 3.— (numeriert), welche gleichzeitig am Sonnabend zum Eintritt beim **Manöver-Ball** im Höpfner-Saal berechtigen, sind in unserer Geschäftsstelle im Hotel Kronprinz, Riesa, Hauptstraße 7, Telefon 195, zu haben. Der Vorverkauf hat begonnen.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei, Ortsgruppe Riesa.

Familiendrucksachen liefern schnellstens
Langer & Winterlich, Riesa, Goethestr. 59

Amtliches

Donnerstag, den 28. Juli 1932,
vormittags 1/2 12 Uhr
wird im Sitzungssaale der Amtshauptmannschaft Großenhain

Bezirkstag

abgehalten.
Großenhain, am 20. Juli 1932.
Der Vorsitzende des Bezirkstages.

In das hiesige Handelsregister ist am 18. Juli 1932 eingetragen worden auf Blatt 741, betr. die Firma Mitteldeutsche Stahlwerke, Aktiengesellschaft in Riesa: Die Prokura des Paul Schiffel ist erloschen.
Amtsgericht Riesa, den 20. Juli 1932.

Obstverpachtung.

Gut anstehende Birnen der Gemeinde Mehltheuer Sonntag, den 24. 7., 4 Uhr nachm. in Kindlers Gasthof. **Der Bürgermeister.**

Extra billige Tage in **Fahrradmänteln** Stck. 1.50, z. Ausf. Freitag.-Sonnabd.
L. Winkler, Fahrradhandlung, Hauptstr. 59.

Vereinsnachrichten

Stahlhelm (BdF.) und angeschlossene Verbände. Am Sonnabend, 23., u. Sonntag, 24. 7., Flaggen heraus zum Standartenaufmarsch der NSDAP.
Amphion. Morgen Freitag Pflichtständchen. Treffen abends 1/2 8 Uhr, Elbterrasse.

6% Rabatt

Neue deutsche Fettheringe

5 Stück —.24

Feinste portugiesische Oelsardinen	hohe Clubdose	-.32
Deutsche Sprotten in Oel	hohe Clubdose	-.28
Feinste Oelsardinen ohne Gräten . .	große Dose	-.48
Emmenthaler Schweizerkäse	1/4 Pfd.	-.30
Edamer, vollfett	1/4 Pfd.	-.18
Kondensierte Milch „Liegende Kuh" .	große Dose	-.45
Neues Sauerkraut	Pfund	-.18
Neue saure Gurken	3 Stück	-.10

Selbsthilfe

das bekannte Haus für preiswerte, frische Lebensmittel.

Verkaufsstellen: **Riesa,** Bahnhof, Poppitzer Str. 15, Siedlung, Südstr. 10, Goethestr. 40

Hochfeine neue
Fettheringe
frisch eingetroffen.
Alfred Otto
Riesa-Gröba.

Es geht los!

Saison-Schluß-Verkauf

Meine Preise sind **radikal** gesenkt, teils über **50%**

Zahlen sagen nichts, überzeugen Sie sich bitte selbst davon.

Martha Engel
Hauptstraße 60.

---

1 gebrauchte und 1 neue
Hobelbank
sofort billig zu verk. Erich Kümmel, Wagnermeister, Pröfen b. Elsterwerda.

Sie glauben nicht wie billig Sie bei uns kaufen!

Unser
Saison-Schluß-Verkauf
endet Sonnabend, 23. Juli, abends.
Wäsche-Hähnel's
Schulstraße 5

Feinster
Bowlen-Wein
vom Faß, Liter —.85
Alfred Otto
Riesa-Gröba.

Schönes Läuferschwein verkauft **Pausitz Nr. 31.**

Uebermorgen, den 23. Juli, letzter Tag
meines diesjährigen Saison-Schluß-Verkaufs

Also nicht mehr warten, sondern schnell noch einmal besonders billig einkaufen

bei **Franz Heinze**

SOMMERSPROSSEN
Wo nichts half — hilft immer
Frucht's Schwanenweiß
Mk. 1.60 und 3.15
Schönheitswasser Aphrodite
gegen Mitesser, Pickel und alle Hautunreinheiten
Mk. 1.60 und 3.15
Erhältlich bei: **Rudolf Blumenschein,** Hauptstraße 99.

Bin wieder mit einem großen Transp. schwerer **Ermländ. Arb.-Pferde u. ostpreußisch. Wagenpferde** eingetroffen und stehen selbige von Freitag, den 22. ds. Mts. bei mir zum Verkauf.

Hermann Forker, Oschatz, Tel. 253.

Wanzen?
und Brutvernichtung. Nur mit Pinnesal. Geruchlos. Garant. Erfolg. Tube 75 ₰ (ergibt 1/2 Liter).

Ameisen?
Russen, Schwaben, Fischchen usw. Totale Vernichtung nur mit Amezid, 75 Pfg.

Allein zu haben in der Drogerie: A. B. Hennicke, Hauptstraße 4.

Gestern Mittwoch, 20. 7., verschied nach kurzen schweren mit großer Geduld ertragenen Leiden mein lieber Gatte, unser guter Vater, Groß-, Schwiegervater und Bruder

Friedrich Moritz Schneider

im 68. Lebensjahre.

Dies zeigt tiefbetrübt an
Marie verw. Schneider
nebst allen Angehörigen.

Nünchritz, den 20. Juli 1932.

Beerdigung Sonnabend nachm. 2 Uhr vom Trauerhause, Schulstraße 9, aus.

Freitag
Schlachtfest
1/2 9 Uhr **Wellfleisch,** später **frische Wurst.**
Emil Klinger Bismarckstraße 11a.

Morgen
Schlachtfest.
9 Uhr **Wellfleisch**
später **fr. Wurst.**
Weber, Poppitz.

Morgen Freitag
Schlachtfest.
M. Knöfel, Vbf. Röderau

Frische zarte Bohnen Pfd. 10 ₰
Landgurken, Pfd. 10 ₰
Weißkraut, Pfd. 5 ₰
Neues Sauerkraut, Pfd. 13 ₰
Neue Vollheringe empf.
Ziegers Lebensmittelhalle
Hauptstraße 84.

„Nordseehalle"
Pestalozzistraße 9 und Goethestraße 37
empfiehlt alle Sorten
frische Seefische
Spezial-Eispackung.
Ia Fettbücklinge
diverse Räucherwaren
Ia selbstmar. Heringe.

Die Zeitungsreklame wirkt sicher!

Junge Enten
junge Hähnchen
junge Tauben
frisches Rehwild
frische Seefische
empfiehlt
Carl Ilgner, Gröba.

Hotel z. Casino Zeith.-Lager.
Heute Donnerstag
flotter Dielentanz

Deutsche Volkspartei, Riesa

Oeffentliche
Wähler-Versammlung!

Montag, den 25. Juli, abends 8 Uhr im Restaurant Elbterrasse, Hauptstr. 52

Es spricht der Spitzenkandidat der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Ostsachsen, Reichstagsabgeordneter
Dr. Rudolph Schneider, Dresden
über

„Der Kampf der Deutschen Volkspartei"

für Aufbau und Freiheit
gegen Massenherrschaft
gegen Inflation
gegen Sozialisierung und Zwangswirtschaft
gegen das Geschwätz von Autarkie

Anschließend Aussprache

Liste 6!

Morgen Freitag
Schlachtfest.
1/2 9 Wellfleisch.
Otto Neudel
Rundteil 11.

Lebensmittelhaus **Gerhard Tittel**
Freiligrathstr.
empfiehlt
Freitag und Sonnabend
hochfeine marin. Heringe
Freitag nachm. ab 5 Uhr
warme geräuch. Heringe.

Stadtpark.
Morgen Freitag
Konzert
der Kapelle Trostel.
Leitung: Frau Kapellmstr. Trostel. Anfang 8 Uhr.
Eintritt 25 ₰ einschl. Steuer

Frischgeschoss. Rehwild
junge Enten
täglich frische Seefische.
Clemens Bürger.

Nur 15 Pfg.

kostet diesen Freitag und Sonnabend
— also an 2 Ausnahme-Tagen —
meine 18 Pfg.-Vollmilch Tafel
(100 gr-Tafel in Stanniol und Etikett)
um zu überzeugen, daß meine billigen Artikel nicht nur billig sind, auch gut schmecken!
Extra noch 4% Rabatt in Waren
Eisenberg
Schokoladenhaus am Capitol.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Berlin unter dem Ausnahmezustand.

vdz. Berlin. Nach den vorliegenden Mitteilungen ist der Mittwoch im großen und ganzen in Berlin ruhig verlaufen, wenn auch die Ereignisse nicht spurlos an dem Stadtbild vorübergingen. Bald nach Bekanntwerden bildeten sich überall, namentlich in den Arbeitervierteln, kleinere Ansammlungen, in denen die Vorgänge diskutiert wurden. Auch im Regierungsviertel hatten sich viele Neugierige eingefunden, nachdem in den Mittagsstunden die Reichskanzlei von einer Reichswehrabteilung mit Maschinengewehren besetzt und auch im übrigen das Regierungsviertel durch Reichswehr gesichert worden war. In den späteren Nachmittagsstunden verstärkten sich, namentlich in der Wilhelmstraße, die Ansammlungen, ohne daß aber ein Einschreiten notwendig gewesen wäre. Nach Erlaß der Reichsverordnungen wurden die Amtsräume des preußischen Ministerpräsidenten und des preußischen Innenministeriums von der Reichswehr besetzt. Das Staatsministerium wurde für den öffentlichen Verkehr geschlossen; auch die preußische Pressestelle mußte ihren Betrieb einstellen. Inzwischen hatte sich das preußische Kabinett zu einer Sitzung versammelt, in der beschlossen wurde, die Entscheidung des Staatsgerichtshofs telegraphisch anzurufen und bis zur Entscheidung eine einstweilige Verfügung zu beantragen. Inzwischen waren auch der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß und Polizeikommandeur Heimannsberg abgesetzt worden. Als Polizeipräsident von Berlin wurde der bisherige Essener Polizeipräsident Melcher bestellt, während der Posten Heimannsberg mit Polizeioberst Poten, dem bisherigen Leiter der höheren Polizeischule Eiche bei Potsdam, besetzt wurde. In den Nachmittagsstunden trat dann eine erhebliche Verschärfung der Lage ein. Innenminister Severing, der schon dem Reichskanzler vormittags gesagt hatte, daß er nur der Gewalt weiche, hielt an dieser Auffassung auch fest, als im Laufe des Nachmittags der Reichskommissar für das Innenministerium, Dr. Bracht, bei ihm erschien, um die Geschäfte des Innenministeriums zu übernehmen. Ebenso weigerte sich Polizeipräsident Grzesinski, seinen Posten zu verlassen. Grzesinski hatte zunächst freiwillig seinen Platz räumen wollen, hat aber später diesen Entschluß aufgrund der Entscheidungen im Staatsministerium widerrufen. Um 5 Uhr nachmittags erschien dann im Polizeipräsidium der neuernannte Polizeipräsident in Begleitung eines Reichswehroffiziers und 12 Mann, um die Geschäfte zu übernehmen. Im Verlauf dieser Aktion wurden der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg verhaftet und im Kraftwagen nach der Offiziersarrestanstalt in Moabit gebracht. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von den Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht. Für 4 Uhr nachmittags hatte Reichskanzler von Papen das preußische Kabinett, dem nach der Amtsentsetzung der sozialdemokratische Minister Braun und Severing noch die Zentrumsminister und der staatsparteiliche Minister Dr. Schreiber angehörten, zu einer Sitzung einberufen. Entsprechend den vorangegangenen Beratungen der preußischen Kabinettsmitglieder, bei denen sich sämtliche Minister mit Braun und Severing solidarisch erklärt hatten, war aber keiner der bisherigen preußischen Minister zu der Sitzung erschienen. Im Anschluß daran trat das Reichskabinett zu einer neuen Sitzung zusammen, um zu der Lage Stellung zu nehmen und weitere Beschlüsse zu fassen.

Protest der bisherigen preußischen Regierung gegen die Kanzlerrede.

)(Berlin. Die **bisherige preußische Staatsregierung** veröffentlicht, den Blättern des Ullsteinverlages zufolge, eine **Erklärung zu der Rundfunkrede des Reichskanzlers**, in der es heißt:

„Reichskanzler v. Papen hat zwei Tatsachen als Beweis für sein Vorgehen gegen Preußen angeführt: „Ein nicht genannter hoher preußischer Funktionär soll Kommunisten Ratschläge gegeben haben, wie sie ihre Terrorakte verschleiern könnten, und ein preußischer Polizeipräsident habe geäußert, man solle die Kreise der Kommunisten nicht stören". Diese angeblichen Tatsachen sind durch nichts bewiesen. Die Reichsregierung hat sie auch bisher der preußischen Regierung nicht mitgeteilt. Eine solche Mitteilung wäre wohl das mindeste gewesen, wozu die Reichsregierung verpflichtet gewesen wäre, bevor sie auch nur den mindesten Eingriff in die preußische Staatshoheit, geschweige denn die nach der Reichsverfassung überhaupt unzulässige Absetzung von Staatsministern verfügte. Unrichtig ist ferner die Behauptung des Reichskanzlers, daß die preußischen Minister es abgelehnt hätten, mit ihm zusammenzuarbeiten. Sie haben nur abgelehnt, der Einladung einer nicht zur preußischen Regierung gehörenden Persönlichkeit zu einer Sitzung der preußischen Staatsregierung Folge zu leisten, weil sie nach der preußischen Verfassung dem Reichskanzler oder Reichskommissar nicht das Recht einräumen können, eine preußische Staatsministerialsitzung anzuberaumen und zu leiten."

Diese Argumentation der bisherigen preußischen Minister wird in politischen Kreisen, die der Reichsregierung nahestehen, als fehlgehend bezeichnet. Angesichts der Tatsache, daß sie zu der von dem Reichskanzler einberufenen Sitzung nicht erschienen waren, habe mit Recht der Schluß gezogen werden können, daß sie jede Zusammenarbeit mit dem Reichskommissar ablehnten. Was die vom Kanzler gemachten Mitteilungen über Aeußerungen hoher preußischer Beamter über das Verhältnis zu den Kommunisten anlangt, so sei sicher, daß solche Bemerkungen des Kanzlers nicht erfolgt wären, wenn nicht schlüssige Beweise dafür vorlägen.

Der Polizeipräsident empfängt die Presse.

Berlin. (Funkspruch.) Der **neue Polizeipräsident von Berlin, Dr. Melcher,** hat heute vormittag in Gegenwart seines Stellvertreters, des Regierungsdirektors Dr. Mosle, und des Organisations-Dezernenten in der Präsidialgeschäftsstelle, des Regierungsrats Dr. Specht, die **Berliner Presse empfangen.** Er gab dabei folgende Erklärung ab:

„Ich beabsichtige meine Geschäfte so zu führen, wie ich dies in meiner 30jährigen Tätigkeit als preußischer Beamter stets getan habe: Nicht als Vertreter einer Partei, sondern als Diener der Gesamtheit ohne Ansehen der Person nach Recht und Gerechtigkeit. Diese Richtschnur scheint mir für ein polizeiliches Amt um so mehr gegeben, als die polizeiliche Aufgabe der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung durchaus unpolitisch ist, da sie unmittelbar dem Wohle der Allgemeinheit und der gesamten Oeffentlichkeit dient. Für eine solche Tätigkeit ist natürlich auch die Unterstützung durch die Presse, als Vertreterin der öffentlichen Meinung, von größter Bedeutung, und ich würde es daher ganz besonders begrüßen, wenn es mir gelingen sollte, mein Verhältnis zur Berliner Presse ebenso harmonisch zu gestalten, wie dies in Essen der Fall war."

Nach der Einsetzung des Reichskommissars in Preußen.

Bewahrt die Ruhe!

Die Gewerkschaften an die deutsche Arbeitnehmerschaft

Von den unterzeichneten Gewerkschaftsverbänden wird folgender Aufruf verbreitet:

Die neuesten politischen Vorgänge haben die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten in große Erregung versetzt. Sie müssen trotzdem ihre Besonnenheit bewahren.

Noch ist die Lage in Preußen nicht endgültig entschieden. Der Staatsgerichtshof ist angerufen.

Die entscheidende Antwort wird das deutsche Volk, insbesondere die deutsche Arbeitnehmerschaft, am 31. Juli, geben. Es ist die Pflicht aller gewerkschaftlichen Organisationen und aller Volksschichten, die auf dem Boden der Verfassung und des Rechtes stehen, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß diese Reichstagswahl stattfindet. Weder der Terror der Straße, noch irgendeine verfassungswidrige Diktatur darf verhindern, daß am 31. Juli das Volk von seinem höchsten Recht Gebrauch macht.

Die vorbildliche Disziplin der deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten ist auch in diesen schweren Tagen unter allen Umständen aufrechtzuerhalten. Wir lassen uns die Stunde des Handelns von Gegnern der Gewerkschaften nicht vorschreiben.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner freier Angestelltenbund, Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter, Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, Allgemeiner deutscher Beamtenbund, Deutscher Beamtenbund

*

Grzesinski, Dr. Weiß und Heimannsberg verhaftet.

)(Berlin. **Wie wir erfahren, sind im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Aktion im Polizeipräsidium der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, Vizepräsident Dr. Weiß und Kommandeur Heimannsberg gegen ½6 Uhr abends von einem Offizier und 12 Mann der Reichswehr verhaftet und im Kraftwagen nach der Offiziers-Arrestanstalt in Moabit überführt worden. Während der Abführung wurden in den Gängen des Polizeipräsidiums von Beamten Hochrufe auf die Republik ausgebracht.**

Wieder entlassen

Wie wir erfahren, sind der bisherige Polizeipräsident Grzesinski, der bisherige Polizeivizepräsident Dr. Weiß und der bisherige Kommandeur der Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg, aus der Schutzhaft entlassen worden. Sie haben sich sofort zu ihrem Rechtsanwalt Professor Dr. Max Alsberg begeben, um mit diesem die Rechtslage zu besprechen.

Bevor Grzesinski, Weiß und Heimannsberg aus der Schutzhaft entlassen wurden, legte ihnen ein Offizier der Reichswehr ein Schriftstück vor mit folgendem Wortlaut: „Nach meiner gewaltsamen Entfernung aus dem Amt erkläre ich mich bereit, mich jeder weiteren Dienstmaßnahme zu enthalten". Die drei Herren haben dieses Schriftstück unterzeichnet und sind darauf entlassen worden. Die Herren werden an das Preußische Ministerium des Innern einen Protest gegen ihre gewaltsame Entfernung vom Amt richten. Insbesondere ist der frühere Polizeipräsident Grzesinski der Ansicht, daß seine Verhaftung umso weniger gerechtfertigt war, als er Landtagsabgeordneter und als solcher immun ist.

Schreiben Grzesinskis an Generalleutnant v. Rundstedt.

)(Berlin. **Der bisherige Berliner Polizeipräsident Grzesinskis hat ein Schreiben an den Befehlshaber im Wehrkreis III, Generalleutnant v. Rundstedt, gerichtet, in dem er unter Bezugnahme auf die beigelegte Abschrift des von ihm an Dr. Bracht gerichteten Schreiben erklärt, daß er sich nicht für befugt erachte, seinen Posten als Polizeipräsident von Berlin zu verlassen.**

Weiter wird in dem Schreiben Grzesinskis an Generalleutnant v. Rundstedt gegen die Uebernahme der Dienstgeschäfte des Berliner Polizeipräsidenten durch den Polizeipräsidenten in Essen, Melcher, und gegen die Uebernahme der Geschäfte des bisherigen Polizeikommandeurs Heimannsberg durch Polizeioberst Poten Einspruch erhoben. Auch Polizeivizepräsident Dr. Weiß sei, wie Grzesinski weiter schreibt, nach seiner Auffassung nach wie vor rechtsgültig im Dienste.

*

Beurlaubte Staatssekretäre

Auf Grund der ihm durch die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 erteilten Ermächtigung hat der Reichskanzler den Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Dr. Staudinger, und den Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Krüger, bis auf weiteres mit sofortiger Wirkung beurlaubt und sie ersucht, von der Ausübung ihrer Amtsgeschäfte Abstand zu nehmen. Mit der Warnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preußischen Handelsministerium hat der Reichskanzler den Reichskommissar für das Bankgewerbe, Ministerialdirektor Dr. Ernst, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im Preußischen Landwirtschaftsministerium den Staatssekretär im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Mussehl, beauftragt.

*

Landtagspräsident Kerrl zu den Vorgängen in Preußen.

)(Stuttgart. Die Nationalsozialisten veranstalteten gestern abend in der Stadthalle eine Wahlkundgebung, in der General v. Epp und der preußische Landtagspräsident Kerrl sprachen. Landtagspräsident Kerrl gab seiner Freude Ausdruck, daß die Reichsregierung auf seinen gestrigen Brief hin so rasch zugegriffen habe, und zwar auf eine Art und Weise, die er besonders begrüße. Den Reichskommissar habe er nicht gefordert; aber er begrüße seine Einsetzung. Jetzt werde der 31. Juli in Ruhe und Frieden vorbeigehen. Der heutige Tag sei ein Markstein in der Geschichte des deutschen Volkes.

Bayerns Protest

Protesttelegramme des bayerischen Ministerpräsidenten an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler

München, 21. Jun.

Der bayerische Ministerpräsident Held hat an den Reichspräsidenten am Mittwoch folgendes Telegramm gesandt:

„Durch die Notverordnung vom heutigen in schwerer Sorge um die verfassungsmäßigen Rechte und die Existenzgrundlage der deutschen Länder teile ich Eurer Exzellenz ergebenst mit, daß ich für die Bayerische Regierung beim Herrn Reichskanzler heute Rechtsverwahrung eingelegt und Entscheidung des Staatsgerichtshofes über die Rechtsfrage beantragt habe.

In treudeutscher Ergebenheit und Verehrung Ministerpräsident Dr. Held."

Das Telegramm an den Herrn Reichskanzler hat folgenden Wortlaut:

Die Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung und die Amtsenthebung von Landesministern ist nach Auffassung des bayerischen Gesamtministeriums mit der Reichsverfassung nicht vereinbar. Die Notverordnung vom 20. Juli berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Namens der Bayerischen Staatsregierung lege ich förmlich Rechtsverwahrung ein. Antrag zum Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich auf Entscheidung der Rechtsfrage ist von uns gestellt. Ministerpräsident Dr. Held

Der Antrag beim Staatsgerichtshof

An den Staatsgerichtshof in Leipzig hat die Bayerische Staatsregierung telegraphisch folgenden Antrag eingereicht:

Namens der Bayerischen Staatsregierung beantrage ich, für das Land Bayern zu erkennen: „Einsetzung eines Reichskommissars an Stelle von Landesregierung sowie Amtsenthebung von Landesministern, wie in der Reichsverordnung vom 20. Juli 1932 vorgesehen, ist mit der Reichsverfassung nicht vereinbar."

Die Verordnung berührt verfassungsmäßige Rechte aller Länder und ihre verfassungsmäßige Existenz. Zur Begründung des Antrages nehme ich Bezug auf die Erklärung Bayerns vom 9. Mai 1931 im Verfahren vor dem Staatsgerichtshof wegen des Steuervereinheitlichungsgesetzes. Weitere Begründung bleibt vorbehalten. Erbitte Terminbekanntgabe. Ministerpräsident Dr. Held.

Auch Hessen nicht einverstanden

Ueber den Standpunkt der Hessischen Regierung zur Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen wird mitgeteilt:

Die Hessische Regierung hat sich seinerzeit ebenso wie die anderen süddeutschen Regierungen mit Nachdruck gegen die vom Reich verfügte Beseitigung des Uniform- und Demonstrationsverbotes der Länder und gegen den Gedanken der Einsetzung eines Reichskommissars gewandt. Es bestehe danach kein Zweifel, daß Hessen angesichts der jüngsten Ereignisse in Preußen an diesem Standpunkt mit Entschiedenheit festhalte. Weiter wird erklärt, in hessischen Regierungskreisen sei man befremdet über die Plötzlichkeit und Form, mit der die Reichsregierung gegen Minister des größten deutschen Landes vorgegangen sei. Man begrüße es darum in Darmstadt, daß verschiedene Länder zur Prüfung der Rechtsgültigkeit des Vorgehens der Reichsregierung an den Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich appelliert haben.

*

Die Wiener Presse zu den gestrigen Vorgängen in Preußen.

Wien. (Funkspruch.) Das **Vorgehen der Reichsregierung in Preußen** macht **hier tiefen Eindruck.** Die Beurteilung in den Blättern ist je nach Parteistellung und Weltanschauung sehr verschieden. Die „Reichspost" gibt ihrer Betrachtung die Ueberschrift „Legaler Umsturz" und betont, daß die Lage sich nur ändern könne, wenn die Reichsregierung erkennen ließe, daß es ihr nicht um einen Sturz der Verfassung und nicht um eine Unitisierung Deutschlands zu tun sei, sondern um einen Kampf gegen die Moskauer Umstürzler und um die Wiederherstellung des Bürgerfriedens. Das „Neue Wiener Journal" sieht in dem gestrigen Tag einen entscheidenden Wendepunkt in der inneren und zum Teil auch äußeren Politik Deutschlands. Das Organ des Landbundes „Das neue Bauern-Extrablatt" glaubt, daß die Reichsregierung den Einflüsterungen des Rechtsradikalismus, der zwar ein machtvoller Faktor im deutschen Staate, aber keineswegs noch die absolute Mehrheit der Bevölkerung darstelle, erlegen sei. Die „Arbeiterzeitung" hält es noch nicht für zu spät für die Einheit der Arbeiterklasse und die Zusammenfassung aller Kräfte des deutschen Proletariats gegen Hakenkreuz und Faschismus. Die „Neue Freie Presse" übt in ihrem Leitartikel „Reichsexekution gegen Preußen" ausnahmslos Kritik an dem Vorgehen der Reichsregierung.

*

Londoner Pressestimmen zu den Ereignissen in Preußen.

* London. **Die Ereignisse in Deutschland werden von der Londoner Tagespresse in großer Aufmachung mit Ueberschriften wie „Europäische Bombe", „Standrecht in Berlin" oder „Triumph Hitlers" gebracht. Der konservative „Evening Standard" erklärt, daß noch keine Regierung in Deutschland solche weitgehenden Vollmachten besessen habe, wie sie nunmehr dem Reichskanzler übertragen worden seien. Der liberale „Star" schreibt, daß keine politische oder soziale Gruppe in Deutschland stark genug sei, einer solchen Machtkonzentration Widerstand zu leisten. Dr. Nowak von der Eisernen Front hat dem Berliner Vertreter des „Evening Standard" beauftragt, die englische Oeffentlichkeit in folgender Form über die Ereignisse in Deutschland zu unterrichten: Die Republikaner sind zu energischem und weitgehendem Vorgehen bereit. Jetzt oder nie! Wir müssen und wollen die Republik verteidigen. Ein Generalstreik ist die „beste und unvermeidliche Waffe". Eine starke Abteilung von Republikanern marschieren nach dem preußischen Innenministerium, um Severing vor der Verhaftung zu beschützen (!?).**

Ein Schreiben Brauns an den Reichskanzler.

)(Berlin. Wie wir erfahren, hat der bisherige preußische Ministerpräsident Braun an Reichskanzler von Papen folgendes Schreiben gerichtet:

Dr. h. c. Otto Braun, preußischer Ministerpräsident. Berlin, 20. 7. 1932.

An den Reichskanzler Herrn von Papen, Berlin.

Mit Schreiben vom 20. Juli 1932 teilen Sie mir mit, daß der Herr Reichspräsident Sie zum Reichskommissar für das Land Preußen bestellt habe und daß Sie als solcher mich meines Amtes als preußischer Ministerpräsident enthöben. Gleichzeitig soll das Amtsgebäude des Staatsministeriums militärisch besetzt worden sein, um mir im Falle eines Abbruches meines Urlaubs die Wahrnehmung meiner Amtsgeschäfte unmöglich zu machen.

Nach meiner Auffassung entbehren diese Maßnahmen jeder rechtlichen Grundlage. Ich bitte daher ergebenst, mir mitteilen zu wollen, welche Gründe Sie, Herr Reichskanzler, zu diesem Vorgehen veranlaßt haben und auf welche Bestimmungen der Verfassung und des Gesetzes Sie sich dabei stützen.

gez. Braun.

Die Meinung der Parteien über die Einsetzung des Preußenkommissars.

)(Berlin. Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen ist den meisten politischen Parteien überraschend gekommen, obwohl man allerseits mit einem solchen Schritt der Reichsregierung bereits rechnete. Ueber die Stimmung in den verschiedenen Lagern erfährt das Nachrichtenbüro des VDZ folgendes:

Während die **Deutschnationalen** und die **Nationalsozialisten** ihrer **Genugtuung** darüber Ausdruck geben, daß Reichspräsident und Reichsregierung ihrem Verlangen endlich nachgekommen sind, werden bei den **Parteien der Mitte und der Linken** lebhafte **Bedenken** gegen die verfassungsrechtliche Zulässigkeit der neuen Notverordnung geltend gemacht. In **Zentrumskreisen** unterstreicht man den Beschluß der bisherigen preußischen Regierung, den Staatsgerichtshof anzurufen; eine offizielle Stellungnahme der Partei liegt noch nicht vor; es ist jedoch damit zu rechnen, daß der engere Parteivorstand binnen kurzem zusammentritt. **Sehr erregt** ist die Stimmung bei der **Bayerischen Volkspartei**, die mit besonderem Nachdruck auf den föderativen Charakter der Reichsverfassung hinweist. In den Reihen der **Staatspartei** gibt man seiner Befriedigung über die Haltung des Preußenkabinetts Ausdruck. Gegenüber der bereits in der Oeffentlichkeit aufgetauchten Einwendung, nach Einsetzung des Reichskommissars sei die preußische Regierung gar nicht mehr legitimiert, den Staatsgerichtshof anzurufen, wird von maßgebender Stelle der Staatspartei erklärt, so lange die preußischen Minister ihre Amtsgeschäfte dem eben erst ernannten Reichskommissar oder einem seiner Vertreter noch nicht ordnungsgemäß übergeben hätten, befänden sie sich noch im Amte und seien auch befugt, im Namen Preußens den Staatsgerichtshof anzurufen. Auch beim **Volksdienst** äußert man schon jetzt lebhafte Bedenken über die Verfassungsmäßigkeit der jüngsten Notverordnungen. Die **Sozialdemokraten** haben ihren Parteiausschuß für Donnerstag mittag 12 Uhr einberufen. Die **Sozialdemokratische Partei** wird, so erfährt man von dieser Seite, alles tun, um die Arbeiterbevölkerung von Unbesonnenheiten zurückzuhalten, die den Anlaß für eine Aufhebung des Termins der Reichstagswahlen geben könnten, deren Ausgang angesichts der jetzigen Entwickelung sie für sich als recht günstig beurteile.

Aus **volksparteilichen Kreisen** wird dem Nachrichtenbüro erklärt, daß man in der ganzen Entwickelung die Früchte der Weimarer Koalitionspolitik sehe, die bis zum letzten Augenblick unbelehrbar gewesen sei und noch zum Schluß durch eine Geschäftsordnungsänderung die Bildung einer neuen preußischen Regierung fast unmöglich gemacht habe. Auch für die Nationalsozialisten sei der Reichskommissar nur der Ausweg aus einer unlösbar gewordenen Position. Man zieht bei der Volkspartei daraus den Schluß, daß die ganze Entwickelung mit ihren zweifellos vorhandenen Gefahren nur möglich war, weil die Kräfte der nationalen Besonnenheit und Vernunft durch den Radikalismus zerstört worden seien.

Der sozialdemokratische Parteivorstand an die Partei.

)(Berlin. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Partei einen Aufruf gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Der Kampf um die Wiederherstellung geordneter Rechtszustände in der deutschen Republik ist zunächst mit aller Kraft als Wahlkampf zu führen. Es liegt beim deutschen Volk, durch seinen Machtspruch am 31. Juli dem gegenwärtigen Zustand ein Ende zu bereiten, der durch das Zusammenwirken der Reichsregierung mit der nationalsozialistischen Partei entstanden ist. Die Organisationen sind in höchste Kampfbereitschaft zu bringen. Strengste Disziplin ist mehr denn je geboten. Wilden Parolen von unbefugter Seite ist Widerstand zu leisten.

Eiserne Front fordert auf Ruhe zu halten.

Berlin. In der neunten Abendstunde wurden gestern in der Berliner Innenstadt von der Kampfleitung Berlin der Eisernen Front Flugzettel folgenden Inhalts verteilt: „Die Organisationen der Eisernen Front sind zu einer Sitzung zusammengetreten, um die notwendigen Maßnahmen gegen die von der Regierung Papen geschaffene Lage in Preußen zu treffen. Nur die von den Organisationen der Eisernen Front herausgegebenen Parolen werden befolgt. Haltet Disziplin. Laßt Euch nicht provozieren. Jetzt muß jeder wirkliche Kämpfer die Nerven behalten. Provokateure verteilen unter Mißbrauch des Namens der Eisernen Front Flugblätter, worin sie zum Generalstreik auffordern. Stellt diese Provokateure fest."

Paris zu den Ereignissen in Preußen.

* Paris. Die Betrauung des Reichskanzlers mit den Geschäften eines Reichskommissars in Preußen sowie die Erklärung des Ausnahmezustandes werden in der französischen Oeffentlichkeit und Presse mit größtem Interesse verfolgt. Wie von der französischen Presse nicht anders zu erwarten ist, nimmt sie eine mehr oder weniger feindliche Einstellung gegenüber der Reichsregierung ein, und wirft ihr vor, lediglich einem Druck Hitlers und Hugenbergs nachgegeben zu haben. „Paris Soir" betrachtet die letzten Ereignisse vom außenpolitischen Standpunkt aus und erklärt, das Ausland dürfe der Entwickelung der innerpolitischen Lage in Deutschland nicht gleichgültig gegenüberstehen. Man müsse sich die Frage stellen, welchen Wert das Wort eines Deutschlands habe, das entweder der Anarchie oder den Hohenzollern ausgeliefert sei. — Die nationalistische „Liberté" macht die französische Regierung für die Ereignisse in Deutschland mitverantwortlich, weil sie angeblich durch ihre Nachgiebigkeit den Nationalismus bestärkt habe.

Die weitere Aussprache im Abrüstungsausschuß.

* Genf. Der **Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz** trat nach wochenlanger Unterbrechung unter dem Vorsitz von Henderson zusammen, um die **Verhandlungen über die von Benesch vorgebrachte Vertagungsentschließung** zu erörtern. Die Vertagungsentschließung, die als Grundlage des künftigen Abrüstungsabkommens gedacht ist, regelt eine Reihe von Maßnahmen der allgemeinen Abrüstung endgültig. An der Sitzung nahmen unter anderem Herriot, Simon, Litwinow und Nadolny teil.

In einer einstündigen Rede **begründete Benesch seinen Vorschlag**, den er selbst als ein Kompromiß bezeichnete. Er führte aus, die vorgeschlagenen Abrüstungsmaßnahmen bedeuteten die ersten entscheidenden Entschlüsse und damit einen wesentlichen Teil des kommenden allgemeinen Abrüstungsabkommens. Der Vorschlag gäbe die allgemeine Auffassung über die möglichen Abrüstungsmaßnahmen über die gegenwärtig möglichen Abrüstungsmaßnahmen wieder und bedeutete ein Glaubensbekenntnis der Abrüstungskonferenz. Der Vorschlag umfasse alle Fragen des kommenden Abrüstungsabkommens. Die Konferenz sei jetzt auf dem besten Wege zu dem großen Enderfolg, an dem nicht mehr gezweifelt werden könne.

Hierauf kam es zu einem **Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten Henderson und dem russischen Außenkommissar Litwinow.** Auf die Erklärung des Präsidenten Henderson hin, daß die Verhandlungen durch Beschränkung der Redezeit und Verzicht auf Zusatzanträge abgekürzt werden könnten, erklärte Litwinow, daß seit Wochen und Monaten ununterbrochen die Verhandlungen nur zwischen einigen wenigen Abordnungen geführt würden und den anderen erlaubt worden sei, abzuwarten. Er behalte sich daher vor, in längeren grundsätzlichen Ausführungen zu dem Vorschlag Stellung zu nehmen. Henderson unterbrach die Ausführungen Litwinows in einem ungewöhnlich scharfen Ton und verbot ihm, derartige Ausführungen zu machen.

Dem **amerikanischen Botschafter Gibson** wurde sodann als einzigen gestattet, eine Erklärung über die Stellungnahme der amerikanischen Regierung zur Vertagungsentschließung abzugeben. Die Ausführungen Gibsons, die nach allgemeinem Eindruck bereits stark unter dem Zeichen der Propaganda für die bevorstehende amerikanische Präsidentenwahl standen, besagten, die Entschließung enthalte das Höchstmaß des Erreichbaren und gehe von dem Vorschlag des Präsidenten Hoover aus, der der gesamten Abrüstungskonferenz das große Ziel gesetzt habe. Die Entschließung enthalte nichts, was weitergehende Abrüstungsmaßnahmen ausschließe. Ein erster Schritt zur wesentlichen Herabsetzung der Leistungen sei jetzt getan. Wenn auch die Entschließung nicht soweit gehe wie der Hoovervorschlag, so liege sie doch in gleicher Richtung und stelle den Ausgleichspunkt und die Grundlage zur Ueberwindung der Schwierigkeiten dar.

Die **abschließende Aussprache** über die Vertagungsentschließung Beneschs ist auf **heute Donnerstag nachmittag** verschoben worden, um den einzelnen Abordnungen die Möglichkeit der Prüfung des Vorschlages zu geben. Die Verhandlungen werden mit einer Abstimmung über den Gesamtvorschlag voraussichtlich am Freitag oder Sonnabend abschließen.

Aus der Wahlbewegung.

Hitler in Hamburg

Auf dem Viktoria-Sportplatz in Hamburg sprach Adolf Hitler in einer Massenkundgebung. Die Polizei hatte besondere umfangreiche Sicherungsmaßnahmen getroffen. Auf den Dächern der am Sportplatz liegenden Häuser waren Polizeibeamte postiert.

Hitler führte u. a. aus: Am 31. Juli wird über mehr als die Zusammensetzung eines Reichstages entschieden werden. Man begegnet den Nationalsozialisten mit Terror und rechne auf ihre Disziplin. Er aber sage den Gegnern: „Wenn wir einst mit euch abrechnen, dann sei euch der Himmel gnädig". Wir sind die einzigen, die an den Handlungen von Papens Kritik üben dürften. Wer 100 Milliarden zahlen wollte, könne sich nicht über 3 Milliarden ereifern. Aber auch diese 3 Milliarden würden nicht realisiert werden. Sie würden es nicht, weil die nationalsozialistische Bewegung im Anmarsch sei. **Von den Nationalsozialisten sei der Welt kein Zweifel darüber gelassen worden, daß es mit dem Tag ihres Sieges mit dem Erfüllen vorbei sei.**

Der Führer der Landtagsfraktion, Kube, nahm auf die Berliner Vorgänge Bezug und erklärte, ohne den nationalsozialistischen Erfolg vom 2. April hätte es keinen 20. Juli gegeben. Wer etwa heute mit der Proklamierung eines Generalstreiks spiele, werde morgen schmählich erwachen.

Brüning kritisiert

Im Zirkus Krone in München betonte Dr. Brüning, er habe eine große Sorge wegen der Entwicklung in Preußen. Es sei auf die Anregung der Nationalsozialistischen Partei zurückzuführen, daß die Regierungsbildung in Preußen bis nach den Reichstagswahlen vertagt wurde. Die Vorbedingungen zur Einsetzung eines Reichskommissars seien also nicht gegeben. Man müsse fragen, ob es notwendig war, die Dinge in dieser Form durchzuführen, ob es notwendig war, einen Mann wie Severing zu brüskieren, der wie kein anderer 14 Jahre seines Lebens gegen den Kommunismus und für das deutsche Volk gearbeitet habe.

Eine zweite Brüningrede in München.

)(München. Im Bürgerbräukeller hielt **Dr. Brüning** gestern abend eine weitere Ansprache. **Er führte u. a. aus,** wenn man Koalitionen oder Regierungen wechseln wolle, so solle man das im richtigen Augenblick tun. **Nichts hätte daran gehindert,** daß in Preußen schon ein **Kabinett der Rechten mit der Zentrumspartei bestünde, allerdings unter der Voraussetzung, daß ein verfassungstreuer Ministerpräsident an der Spitze gestanden hätte,** denn ohne diese Bedingung gebe das Zentrum keine Koalition ein. **Es sei anders gekommen, weil man nicht abwarten wollte.** Dr. **Brüning** streifte die Ostpolitik der neuen Reichsregierung und wandte sich scharf dagegen, daß man die von seinem **Kabinett vorbereiteten Maßnahmen als Siedelungskommunismus bezeichnet habe.**

Es komme der Tag, wo er es nicht mehr vor seinem Gewissen verantworten könne, über die Vorgänge der letzten Wochen zu schweigen. Er spreche bislang nicht darüber, weil er die Autorität retten wolle, aber man solle nicht glauben, daß es möglich sei, in Deutschland eine freie Meinungsbildung zu unterdrücken. Er vertraue darauf, daß der Sinn für Freiheit im bayerischen Volk lebendig bleibe, auch im Kampfe gegen alle Versuche, die Diktatur einer Herrschaft einer einzigen Partei in Deutschland herbeizuführen. Mit erhobener Stimme erklärte Dr. Brüning zum Schluß: **„Wir verlangen, daß der Reichstag gewählt wird, wir verlangen, daß er gesetzmäßig zusammentritt".**

Auch im Saal des Hackerkellers hatte Dr. Brüning eine kurze Ansprache an die Versammelten gerichtet.

Das erste Versammlungsverbot

In Luckenwalde, wo es schon am Sonntag zu einem Ueberfall von Kommunisten auf einen nationalsozialistischen Umzug gekommen war, hatten für Mittwochabend Nationalsozialisten und Kommunisten Kundgebungen einberufen. Der Regierungspräsident in Potsdam schickte ein größeres Schupoaufgebot mit Karabinern nach Luckenwalde und machte gleichzeitig dem militärischen Befehlshaber in der Provinz Brandenburg Mitteilung, daß Zusammenstöße zu befürchten seien. Der militärische Befehlshaber hat daraufhin beide Kundgebungen verboten.

Warschauer Pressestimmen.

)(Warschau. Die Einsetzung einer kommissarischen Regierung in Preußen und die sich daraus entwickelnden Ereignisse in Berlin haben in Polen ungeheuren Eindruck gemacht. Die Ueberzeugung ist hier allgemein, daß die gestern eingesetzte stürmische Entwicklung des politischen Ablaufes noch andauern werde.

*

Amerikanische Blätterstimmen zu den Vorgängen in Preußen.

Newyork. (Funkspruch.) Die amerikanischen Blätter bringen die gestrigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen Preußen in großer Aufmachung auf der ersten Seite. „Newyork-Times" will in ihnen die Widerhauptung des alten deutschen Instinktes für öffentliche Ordnung erblicken. Dieser Beweis der Energie der Regierung sollte, so meint das Blatt, bei den kommenden Reichstagswahlen die Stimmen für Hitler herabdrücken. Hitlers ständige Behauptung sei, daß nur er Deutschland eine wirklich starke Regierung geben könne, die innere Unruhen unterdrücke und den fremden Nationen eine entschlossene Front biete. Nun dürfte er sich beklagen, daß der Kanzler ihm seinen „Donner" genommen habe. „Herald Tribune" bemerkt, man dürfe nicht vergessen, daß die Reichswehr die einzige Polizei-Organisation sei, die von Hitlers Gefolgschaft respektiert werde.

Ueberraschende Einberufung des hessischen Landtages.

Die Nationalsozialisten beantragen Verfassungsänderung.

)(Darmstadt. Das Plenum des hessischen Landtages ist auf **Donnerstag kommender Woche,** vormittags 11 Uhr, einberufen worden. Wenn die Einberufung auch insbesondere mit Anträgen auf Hilfe für die Hochwassergeschädigten begründet ist, so ist doch ein Hauptpunkt der Tagesordnung ein nationalsozialistischer Antrag, in den Artikel 37 der Verfassung einen Absatz einzufügen, der besagt: „Das Gesamtministerium kann aus dem Staatspräsidenten allein bestehen". Die Vorschriften dieses Absatzes 4 sollen dann entsprechend auf die übrigen Verfassungsbestimmungen hinsichtlich der Regierung und ihrer Pflichten Anwendung finden. Auf der Tagesordnung stehen außerdem noch einige nationalsozialistische Anträge auf **Verhängung des Ausnahmezustandes und auf Entlassung von Polizeioffizieren.**

Die Luther-Attentäter vor Gericht.

vdi. Berlin. Der **Prozeß gegen Dr. Roosen und Werner Kertscher wegen des Attentats auf den Reichsbankpräsidenten Dr. Luther konnte auch am Mittwoch noch nicht zu Ende geführt werden.** Die Verteidigung beantragte die Vernehmung der Bankdirektoren Reinhard von der Commerz- und Privatbank und Kuhn vom Bankhaus Markiewicz, sowie des Regierungsrats Dr. Nölle-Oppeln als sachverständigen Zeugen dafür, daß die Währungs- und Finanzpolitik des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther für die deutsche Wirtschaft verderblich sei. Das Gericht lehnte diesen Beweisantrag ab mit der Begründung, es könne als wahr unterstellt werden, daß ebenso wie die Angeklagten auch namhafte Geldsachleute Gegner der Finanz- und Währungspolitik des Reichsbankpräsidenten seien und daß die Angeklagten zu ihrer Gegnerschaft auf Grund ernsthafter wissenschaftlicher Forschung gekommen seien. Für die Beurteilung des Tatbestandes sei die Vernehmung der dafür genannten Zeugen nicht erheblich.

Damit war die Beweisaufnahme eigentlich erledigt. Das Gericht gab aber dem Angeklagten Dr. Roosen noch Gelegenheit, sich in einem längeren Vortrag über die Motive seiner Tat zu verbreiten. Er betonte darin, er habe immer wieder vergeblich versucht, Vertreter der verschiedensten Parteien und die Führer des deutschen Wirtschafts- und Finanzwesens für seine Reformpläne zu gewinnen. Nach dem Fehlschlagen aller dieser Versuche sei ihm nichts weiter übrig geblieben, als durch einen Sensationsprozeß die öffentliche Aufmerksamkeit zu erzwingen. Er wende sich jetzt schon entschieden gegen den Versuch, ihn etwa als geisteskrank hinzustellen. Er habe sich bereits zweimal von den ersten wissenschaftlichen Autoritäten auf seinen Geisteszustand untersuchen lassen und könne beweiskräftige Zeugnisse dafür vorlegen, daß er geistig vollkommen normal sei. Der Vortrag des Angeklagten wurde wiederholt aus dem Zuhörerraum mit Beifallskundgebungen begleitet, die der Vorsitzende energisch zurückwies.

Am Freitag wird der Anklagevertreter die Strafanträge begründen.

Postautobus fährt gegen Personenzug.

Ein Toter, zwei Schwerverletzte.

)(Königsberg. Ein Postomnibus fuhr gestern abend an einem ungeschützten Bahnübergang zwischen Preußisch-Holland und Güldenboden gegen die Lokomotive eines Personenzuges. Dabei wurde eine Person getötet und zwei schwer verletzt.

Eine Erklärung der Deutschen Volkspartei zur innenpolitischen Lage.

Berlin. (Funkspruch.) Die Reichsparteileitung der Deutschen Volkspartei betont in einer Erklärung zur innenpolitischen Lage u. a.: Die Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen sei eine einschneidende Maßnahme, die nach Lage der politischen Verhältnisse nicht zu vermeiden gewesen sei. Der neue preußische Landtag habe sich als arbeitsunfähig erwiesen. Die Autorität der alten Regierung vor dem Lande sei erschüttert gewesen. Wohin das Anwachsen der extremen politischen Parteien und das Spiel mit dem Bürgerkrieg führen müsse, hätten die letzten Ereignisse deutlich genug bewiesen. Es genüge aber nicht, daß die Reichsregierung dieser Entwicklung entschlossen einen Riegel vorgeschoben habe, es sei auch notwendig, daß die besonnenen Kräfte im Lande sich der Bedeutung der Stunde bewußt seien. **Die nächsten Wahlen müßten dafür sorgen, daß die Elemente der sachlichen Verantwortung und der politischen Vernunft wieder zur Geltung kämen.**

Das 17. Todesopfer in Altona.

Altona. (Funkspruch.) Nach Mitteilung des städtischen Presseamtes ist im Krankenhaus ein weiterer Schwerverletzter der Unruhen vom Sonntag gestorben. Es handelt sich um einen 23jährigen Mann namens **Erwin Geß. Die Zahl der Todesopfer** ist damit **auf 17 gestiegen.**

Generalstreikgerüchte.

* **Essen.** Die Ereignisse in Berlin, die teilweise durch Extrablätter bekannt gemacht wurden, werden im rheinisch-westfälischen Industriegebiet lebhaft besprochen. Es gehen sogar **Gerüchte** um, die von einem **bevorstehenden Generalstreik** wissen wollen. In Kreisen der freien Gewerkschaften sieht man der heutigen Ausschußsitzung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mit großer Spannung entgegen und erklärt, vorher zu den Maßnahmen der Reichsregierung keine Stellung nehmen zu können. **Die christlichen** Gewerkschaften üben ebenfalls Zurückhaltung.

Im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist im übrigen alles ruhig.

Kommunistische Flugblattverteiler festgenommen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Laufe des heutigen Vormittags wurden in den verschiedensten Stadtteilen zahlreiche Kommunisten festgenommen, die an Passanten Flugblätter verteilten, in denen **zum Massenstreik aufgefordert** wird. Die Flugblattverteiler wurden zum Teil in Sammeltransporten auf Lastkraftwagen in das Polizeipräsidium eingeliefert, während die Flugblätter beschlagnahmt worden sind. Insgesamt sind bisher rund 100 Personen aus solchen Anlassen festgenommen worden.

Der Devaheim-Prozeß.

udz. Berlin. Im **Devaheim-Prozeß wurde am Mittwoch die Reihe der Verteidigerplaidoyers** durch den Verteidiger des Angeklagten Generaldirektor **Wilhelm Seppel** eröffnet. M. A. Herold betonte, Seppel habe keinerlei Betrugsabsichten gehabt. Er sei immer von dem **Bestreben** geleitet gewesen, die Interessen der Sparer zu schützen und habe deshalb selbst einen scharfen Kampf gegen die Mißwirtschaft geführt, die unter Cremers Leitung in den Konzern eingerissen war.

Für den Hauptangeklagten Pastor D. Cremer sprach Justizrat Dr. Marwitz. Er wandte sich scharf gegen die Darstellung, die der Staatsanwalt vom Charakter und von der Handlungsweise des Pastors Cremer gegeben habe. Pastor Cremer sei nicht weniger als ein berechnender Zyniker. Er habe seine Lebensaufgabe darin gesehen, sich der christlichen Liebestätigkeit zu widmen. Cremer sei auch völlig unschuldig an dem Zusammenbruch des Devaheim-Konzerns. Seppel und Clausen hätten sich zu seinem Sturz vereinigt, weil sie damit ihre persönlichen Zwecke zu fördern glaubten. — In der Freitag-Sitzung will Justizrat Marwitz sein Plaidoyer zu Ende führen.

Feuerüberfall auf ein Polizeikommando.

Ein Toter.

Stralsund. **In der Nacht zu gestern war der Stralsunder Polizei nach der Hitler-Kundgebung gemeldet worden, daß Angehörige der Eisernen Front im Anmarsch auf Stralsund seien. Zur Verstärkung wurde deshalb ein Stettiner Schutzpolizeikommando nach Negast entsandt. Unterwegs wurde das Kommando in einem Walde plötzlich heftig beschossen. Die Beamten erwiderten das Feuer und umstellten das Waldstück. Ueber 100 Personen, die dort im Hinterhalt gelegen hatten, wurden festgenommen. Man fand eine Menge Pistolen, 77 Schuß Munition, 14 feststehende Messer, zahlreiche Gummiknüppel, Stahlruten, Totschläger und mit Nägeln beschlagene Knüppel sowie andere Schlagwerkzeuge. Eine mit Verbandszeug gefüllte Aktentasche wurde beschlagnahmt. Die Verhafteten, unter denen sich sozialdemokratische Führer aus Stralsund befanden, wurden von den Polizeibeamten mit gezogener Pistole abgeführt. Beim Feuergefecht im Walde wurden einige Personen verletzt. Der der Eisernen Front angehörende Lehrer Krull aus Greifswald wurde mit einem Kopfschuß ins Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen verstorben ist.**

Bei neuen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Andersdenkenden wurden gestern vormittag auf dem Marktplatz in Stralsund einige Nationalsozialisten durch Messerstiche und Schläge schwer verletzt.

Der Zingster Amtsvorsteher ermordet.

Stettin. (Funkspruch.) **Im Ostseebad Zingst wurde gestern abend der dortige Amtsvorsteher Köthur ermordet. Der Amtsvorsteher hatte sich zur Ueberwachung einer kommunistischen Versammlung begeben. Als es in dieser zu Ruhestörungen kam, ermahnte Köthur einen Kommunisten zur Ruhe. Bald darauf verließ der Amtsvorsteher die Versammlung, der von ihm verwarnte Kommunist folgte ihm und versetzte ihm einen Messerstich in den Kopf, der den sofortigen Tod zur Folge hatte. Der Kommunist flüchtete, konnte aber bald festgenommen werden. Er weigerte sich bisher seinen Namen zu nennen. Der ermordete Amtsvorsteher war ein ruhiger Mann und ist politisch niemals hervorgetreten.**

Devisenhöchstbeträge für den Monat August.

Berlin. (Funkspruch.) Der Reichswirtschaftsminister hat angeordnet, daß die Importeure für den Monat August 32 den Höchstbetrag ihrer allgemeinen Genehmigungen nur bis zur Höhe von 50 Prozent in Anspruch nehmen dürfen. Für die diesen Betrag übersteigenden Zahlungsverpflichtungen werden die Firmen auf die Inanspruchnahme von Lieferanten-Krediten und die A[illegible] der Kreditlinien des Stillhalteabkommens ve[illegible]

Das deutsche Lied.

Beginn des 11. Deutschen Sängerbundesfestes

Frankfurt a. M. (Funkspruch.) **Mit der Uebergabe des Bundesbanners im historischen Kaisersaal des Römers hat heute mittag das 11. Deutsche Sängerbundesfest seinen Anfang genommen. Im Kaisersaal hatten sich die Spitzen der Deutschen Sängerschaft und der Frankfurter Behörden sowie die Vertreter der auslandsdeutschen Sängerbünde zur Bannerübergabe versammelt. Hofrat Jaksch-Wien, der Vorsitzende des Sängerbundes, übergab das Banner mit den Worten der Genugtuung, daß nach Wien Frankfurt die Stadt des 11. Deutschen Sängerbundesfestes geworden sei, die Stadt, in der sich die Geschichte Deutschlands widerspiegele. Der Vorsitzende des Festausschusses, Rechtsanwalt Dr. Karl Hermann, übernahm das Bundesbanner mit** der Hoffnung, daß das 11. Deutsche Sängerbundesfest in Frankfurt a. M. eine besondere Bedeutung in der Geschichte des Deutschen Sängerbundes und des deutschen Volkes erhalten möge.

Darauf übernahm Oberbürgermeister Dr. Landmann das Banner in die Obhut der Stadt Frankfurt a. Main. Er feierte die Bedeutung Goethes. In diesen Tagen der Not, der Zerrissenheit und der politischen Leidenschaft gebe dieses Fest, das nicht dem politischen Kampf, sondern einem höheren Ziel gelte, die Gewißheit, daß das deutsche Volk trotz allem unzerstörbar sei. Zum Schluß verkündete der Vorsitzende des Deutschen Sängerbundes, Geheimrat Dr. Hammerschmidt-München, die Eröffnung des Sängerbundesfestes.

Auf dem Römerberg, wohin die Rede durch Lautsprecher übertragen wurde, trug dann der Sängergau Frankfurt das „Deutsche Lied" von Anton Bruckner vor.

Die Entrechtung der Werkmeister durch die Notverordnung vom 14. 6. 32.

Vom Deutschen Werkmeister-Bund — Geschäftsstelle Leipzig — werden wir um Veröffentlichung des folgenden Artikels gebeten:

Die für die ganze deutsche Arbeitnehmerschaft überaus harte Notverordnung vom 14. 6. ds. Js. hat die Werkmeister und Angestellten verwandter Berufe besonders stark belastet. Diese Angestelltengruppe hat nicht nur die allgemeinen Leistungskürzungen in der Invaliden-, Angestellten-, Unfall-, Knappschafts- und Arbeitslosenversicherung und die Belastung durch die mit Recht als untragbar bezeichnete Arbeitslosenhilfe zu tragen, sondern ist durch die Notverordnung um ihre in langen Jahren durch hohe Beitragszahlungen in der Wanderversicherung erworbenen Rechte gebracht.

Wie stark und ungerechtfertigt diese Sonderbelastung der Werkmeister und Angestellten verwandter Berufe durch die Notverordnung vom 14. 6. ist, zeigt deutlich eine Abhandlung in Nr. 13 der Zeitschrift „Der Deutsche Werkmeister", der Bundeszeitschrift des beim Kampf um die Erhaltung und den Ausbau der Angestellten- und Wanderversicherung besonders rührigen Deutschen Werkmeister-Bundes (Sitz Essen). Dort wird unter der Ueberschrift „Die Entrechtung der Wanderversicherten u. a. ausgeführt:

„Die Notverordnung vom 14. 6. 1932 hat in allen Arbeitnehmerkreisen größte Erbitterung ausgelöst. Am härtesten wirken sich ihre Bestimmungen für die Wanderversicherten aus, d. h. für diejenigen Arbeitnehmer, die zeitweise als Arbeiter, zeitweise als Angestellte beschäftigt sind und deshalb Beiträge sowohl zur Invaliden- als auch zur Angestelltenversicherung entrichtet haben. Zu diesem Personenkreise zählen fast alle Werkmeister und Angestellten verwandter Berufe, die wegen besonderer Befähigung und Bewährung aus dem Arbeiter- in das Angestelltenverhältnis aufgestiegen sind.

Die Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung wurden schon bisher der Lage dieser Personengruppen wenig gerecht. Der Deutsche Werkmeister-Bund ist deshalb immer wieder bei den zuständigen Stellen nachdrücklichst für eine Verbesserung der einschlägigen Bestimmungen eingetreten. Statt einer Verbesserung hat nunmehr die Reichsregierung eine Verschlechterung beschert, die eine Entrechtung der Wanderversicherten und eine Entziehung wohlerworbener Rechte darstellt.

Die bisher geltenden Bestimmungen sicherten den Wanderversicherten wenigstens als Ergänzung der Leistungen der Angestelltenversicherung den Steigerungsbetrag in der Invalidenversicherung für anrechnungsfähige Beitragswochen der Invalidenversicherung. Die Notverordnung vom 14. 6. macht bei Rentenanträgen, die nach dem 30. 6. 32 gestellt werden, die Bewilligung der Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung davon abhängig, daß neben den Leistungsvoraussetzungen der Angestelltenversicherung auch diejenigen der Invalidenversicherung voll erfüllt sind. Der Empfänger des Ruhegeldes aus der Angestelltenversicherung wird also die Steigerungsbeträge der Invalidenversicherung nur noch dann erhalten, wenn seine Arbeitsfähigkeit nicht nur auf weniger als die Hälfte, sondern auf weniger als ein Drittel gesunken ist und wenn er auch in der Invalidenversicherung die Wartezeit erfüllt hat. Außerdem werden auch in diesem Falle die Steigerungsbeträge aus der Invalidenversicherung nur noch dann ausgezahlt, wenn sie beim Ruhegeld 5 RM., bei der Witwer- oder Witwenrente 3 RM. und bei der Waisenrente 2 RM. im Monat übersteigen.

Durch diese Neuregelung werden den Wanderversicherten die Leistungen vorenthalten, die sie sich durch langjährige Beitragszahlung in der Invalidenversicherung erworben haben. Die Invalidenversicherung behält damit den größten Teil der Beiträge der Wanderversicherten ohne jede Gegenleistung und wird dadurch nach früheren statistischen Feststellungen der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte um hohe Millionenbeträge ungerechtfertigt bereichert. Außerdem wird durch die Neuregelung die Einheitlichkeit des gesamten Versicherungsverhältnisses der Wanderversicherung, die bisher in den Sozialversicherungsgesetzen festgelegt war, beseitigt.

Die Neuregelung trifft am schwersten die älteren Werkmeister und Angestellten verwandter Berufe, die kurz vor ihrer Versetzung in den Ruhestand stehen und denen nun bei gleichzeitiger einschneidender Kürzung der Bezüge aus der Angestelltenversicherung die Gegenleistung für die oft jahrzehntelange Beitragszahlung zur Invalidenversicherung vorenthalten wird.

Es gibt daher gegenüber dieser Behandlung der Wanderversicherten durch die Notverordnung nur eine Forderung: Sofortige Aufhebung der Notverordnungsbestimmungen betreffend Wanderversicherung mit rückwirkender Kraft."

Die gleiche Nummer der Zeitschrift „Der Deutsche Werkmeister" stellt in einem Aufsatz „Die notverordneten Verschlechterungen des Sozialversicherungs- und Arbeitsrechtes" die zahllosen und schweren Eingriffe übersichtlich zusammen, die die Notverordnung in die verschiedenen Zweige der Sozialversicherung und des Arbeitsrechtes vornimmt. Im Zusammenhang damit wird an der genannten Stelle darauf hingewiesen, daß die Bundesleitung den Kampf um die Wiederherstellung nachdrücklichst aufgenommen hat und es wird betont, daß im Zusammenwirken aller Berufsangehörigen in der nächsten Zeit alle Kräfte eingesetzt werden müssen, um die Wiederherstellung der alten Rechte zu erzielen und um das deutsche Arbeits- und Sozialversicherungsrecht überhaupt zu erhalten.

Gerichtssaal.

Ein „Redakteur" wider Willen.

Vor dem Dresdner Schöffengericht unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Roth standen am Mittwoch der 27 Jahre alte Kontorist Hans Reiche und der frühere Herausgeber der Dresdner Wochenschrift „Die Tribüne", Hans Scholz, unter der Anklage der Pressebeleidigung des Amtsgerichtsdirektors Dr. Roux und des Aerzte- und Pflegepersonals der Staatl. Heil- und Pflegeanstalt Arnsdorf. Der Strafantrag war von Justizminister Dr. Mannsfeld und Innenminister Richter gestellt worden. Der Anklage lag ein Artikel zugrunde, in dem Scholz ein unter Vorsitz von Amtsgerichtsdirektor Dr. Roux gefälltes Urteil gegen einen früheren Redakteur der „Tribüne" kritisiert hatte. Dieses Urteil bildete den Abschluß eines Prozesses wegen Beleidigung der leitenden Aerzte und des Pflegepersonals der Staatl. Heil- und Pflegeanstalt in Arnsdorf und der Städt. Heil- und Pflegeanstalt in Dresden. Der damalige Angeklagte erhielt nach mehrtägiger geheim geführter Verhandlung eine Strafe von 1 Jahr Gefängnis, die dann in der Berufungsinstanz auf 1½ Jahre erhöht wurde und inzwischen vom Reichsgericht als Revisionsinstanz bestätigt wurde.

Der Angeklagte Scholz machte geltend, daß er in der Erregung über das ihm ungeheuerlich erscheinende Urteil den unter Anklage stehenden neuen beleidigenden Artikel verfaßt habe und behauptete, dieser sei durch einen anderen Redakteur der „Tribüne" verändert und verschärft worden. Im übrigen gab Scholz zu, sich später von der Unrichtigkeit der von ihm erhobenen Behauptungen überzeugt zu haben.

Die Vernehmung des Angeklagten Reiche war ein bezeichnendes Licht auf die in der Redaktion des Blattes herrschenden Zustände. Reiche hatte, wie er angab, als verantwortlicher Redakteur einspringen müssen, obwohl er selbst keine Zeile schreiben konnte und nie einen der unter seiner Verantwortung erschienenen Artikel vorher gelesen hat. Er versah im Verlag des Blattes lediglich Büro- und Botendienste. Nach seiner Angabe wurde ihm die Uebernahme der redaktionellen Verantwortung von Scholz zugemutet, als der bis dahin verantwortlich zeichnende Redakteur in Haft genommen worden war. Dem Ansinnen des Scholz habe er sich nicht entziehen können, da er sonst seine Stellung verloren hätte. Aus demselben Grunde hätte er es auch niemals wagen dürfen, gegen die Veröffentlichung beleidigender Artikel zu protestieren. Das Gericht sah den Tatbestand der Beleidigung als erfüllt an und verurteilte Reiche zu 100 Mk. Geldstrafe und Scholz zu 4 Monaten Gefängnis.

Gemeindepolitik

Das Verfahren gegen Dr. Bührer

Die Nachrichtenstelle der Stadt Dresden teilt mit:

Auf Ersuchen der Stadtverordneten, wegen der Unterstellungen und Angriffe, die Bürgermeister Dr. Bührer gegen die Finanzpolitik der Stadt Dresden erhoben hat, das Disziplinarverfahren zu beantragen, faßte der Rat zustimmende Entschließung, da nach den hierüber vorliegenden Presseberichten die Kritik, die Bürgermeister Dr. Bührer gegen die Finanzpolitik der Stadt Dresden geübt hat, nach Form und Maß der Amtspflicht widerspricht und geeignet ist, den Ruf der Verwaltung der Stadt Dresden schwer zu beeinträchtigen, ein Vorgehen, das um so schärfer zu verurteilen ist, als Bürgermeister Dr. Bührer als Vorstand des städtischen Finanzamtes selbst die Verantwortung für einen erheblichen Teil der von ihm kritisierten Maßnahmen übernommen hat. Weiter beschloß der Rat, in das schwebende Disziplinarverfahren jenen Brief einzubeziehen, den Bürgermeister Dr. Bührer an eine ausländische Bank gerichtet hat, und in dem er es unternommen hat, diese Bank zu bewegen, ihren Einfluß bei den damals schwebenden Stillhalteverhandlungen und Reparationsbesprechungen nach der Richtung hin geltend zu machen, daß die „ungerechte und unzweckmäßige" Regelung des Anleihe-Neubesitzes durch Gleichstellung dieses Neubesitzes mit dem Altbesitz abgelöst werde, eine Maßnahme, die mit schweren finanziellen Belastungen der Stadt Dresden, der deutschen Gemeinden und des Deutschen Reiches hätte verbunden sein müssen, und die die schwebenden Stillhalte- und Reparationsbesprechungen zu Lasten Deutschlands erheblich kompliziert hätte.

Der Antrag der Stadtverordneten, Bürgermeister Dr. Bührer während des gegen ihn schwebenden Dienstverfahrens von der Stellvertretung des Oberbürgermeisters zu entbinden, wurde angenommen.

Auf das weitere Ersuchen der Stadtverordneten, Bürgermeister Dr. Bührer bis zum Ablauf des gegen ihn mit dem Ziel auf Dienstentlassung schwebenden Disziplinarverfahrens vorläufig vom Amte zu entheben, stellte der Rat fest, daß eine rechtliche Möglichkeit zu einer solchen Enthebung nicht besteht. Er beschloß jedoch, beim Gesamtministerium die Versetzung Dr. Bührers in den Ruhestand (Wartestand) zu beantragen. Das schwebende Disziplinarverfahren wird hierdurch nicht berührt.

Geschäftliches.

Frische Nerven — neue Spannkraft! Im Tageslauf des modernen Menschen werden die Nerven auf eine harte Probe gestellt. In solchen Augenblicken vermag die erlesene „4711" unschätzbare Dienste zu leisten. Rasch wirkt die köstliche Stärke dieses edlen und echten Kölnisch Wassers beginnender Ermüdung entgegen. Wer in Beruf und Gesellschaft, beim Sport und auf Reisen stets wohlgelaunt sein will, wird die weltbekannte, gehaltvolle „4711" zur ständigen Begleiterin wählen.

SLUB
Wir führen Wissen.

Turnen – Sport – Spiel – Wandern

7. Kreisschwimmfest des 14. Turnkreises Sachsen der DT.

in Hohenstein-Ernstthal am 23./24. Juli 1932.

In dem vorzüglichen Sommerbad der Stadt Hohenstein-Ernstthal mit seinen neuzeitlichen und technisch einwandfreien Einrichtungen findet das 7. Kreisschwimmfest der sächsischen Turnerschaft statt. Wohl vorbereitet von den beiden Turnvereinen Turnerbund und Turnverein von 1856 werden die sächsischen Spitzenschwimmer und -schwimmerinnen erwartet und dürfen gewiß sein, daß allen eine äußerst gastfreundliche Aufnahme bevorsteht.

Zum 7. Male wollen die sächsischen Schwimmer und Schwimmerinnen für die Vertiefung des Schwimmgedankens, für die Steigerung des Leistungsschwimmens und für die Verbreitung des Gedankens der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft werben.

Es sind 243 Einzel- und 24 Staffelmeldungen aus rund 50 Vereinen unserer sächsischen Turnerschaft abgegeben worden. Am stärksten ist der Leipziger Turngau mit 66 Einzelmeldungen und 17 Staffelmannschaften vertreten. Es folgen die Turngaue Mittelelbe, Chemnitz und das Vogtland in der Beteiligung.

Wie sind nun die Aussichten der gemeldeten Wettkämpfer, besonders in den Meisterschaftswettbewerben? Es wird manche Ueberraschungen geben, denn der Nachwuchs will zu seinem Rechte kommen.

36 Teilnehmer kämpfen im 100-Meter-Brustschwimmen für Turner. In der Sonderstufe sind außer dem vorjährigen Kreismeister Forwerk alle sächsischen Spitzenkräfte im Rennen. Rudi Kluge, Eintracht Leipzig, dürfte als neuer Meister hervorgehen.

DT.-Meister Viertler vom gleichen Verein hat in der Seitemeisterschaft keinen ernsthaften Gegner. Auch die Kreismeisterschaft im Rückenschwimmen dürfte eine rein Leipziger Angelegenheit zwischen Busch und Wischropp, beide Tgde. Leipzig-Lindenau, bleiben.

Rudi Riehardt, Eintracht Leipzig, wird trotz des Fehlens ernsthafter Gegner versuchen, die Kreisbestleistung zu senken.

In der Mittelstufe kämpfen 16 Mann.

Den ersten schweren Kampf wird es wohl im 200-Meter-Brustschwimmen der Turner geben. Es muß abgewartet werden, ob es dem DSV.-Schwimmer Berge, Polizei Meißen, gelingt, den Ansturm der Leipziger Brustschwimmer abzuwehren.

In der Mittelstrecke über 400 Meter ist mit einem Sieg des Polizeischülers Schiffel, Polizei Meißen, zu rechnen.

Sämtliche Staffelmeisterschaften sind dem T.u.Sp.V. Eintracht Leipzig nicht zu nehmen.

Im Mehrkampf der Turner liegt die Entscheidung zwischen Albinus-Dresden und dem neuen Leipziger Gaumeister Kühn, DHV.

22 Bewerber meldeten für den Mehrkampf der Mittelstufe. Eine sichere Voraussage des vermutlichen Siegers ist kaum möglich.

Feine Leistungen sind beim Hauptspringen der Turner zu erwarten. Die Jugend dürfte durch Heinz Schöne, ATV. Dresden, einen, wenn auch knappen Sieg vor dem Altmeister der DT. Mädler erringen.

In der Mittelstufe hat Jangk, Riesa, die meisten Aussichten.

Der Turnfest-Sieger und Doppelmeister der DT. von Köln, Mädler-Leipzig, dürfte den ersten Sieg im 10-Meter-Turmspringen erringen.

In den Wettkämpfen der Turnerinnen fehlt im 100-Meter-Brustschwimmen die vorjährige Kreismeisterin Boden. Es wäre ihr auch nicht geglückt, den Titel zu verteidigen, da die frühere DT.-Meisterin Herzog, Leipzig, wieder am Start erscheint und bereits vor 14 Tagen in überlegener Weise die Leipziger Gaumeisterschaft gewinnen konnte.

Spannend wird sich der Lauf der Mittelstufe auswirken.

Die Teilnahme im Kraulschwimmen der Turnerinnen ist als eine ansprechende zu bezeichnen. Hier ist bestimmt mit einer merkbaren Verbesserung der Kreishöchstleistung durch Sabine Gondart, Großdeuben bei Leipzig, zu rechnen. In den Staffelkämpfen der Turnerinnen liegt die Entscheidung in den Sonder- und Oberstufenkämpfen lediglich nur zwischen Dresden und Leipzig. In der Mittelstufe steht der Tv. Gut Heil Annaberg allein auf weiter Flur.

Die zeitliche Folge der Wettkämpfe sieht am Sonnabend die Durchführung der Mehrkämpfe, am Sonntag vormittag die Austragung der Sprungwettbewerbe und der Einzelkämpfe vor. Der Sonntagnachmittag ist für die Hauptkämpfe der wichtigsten Einzelrennen und Staffeln, sowie volkstümliche Darbietungen und das erste Wasserballspiel um die Kreismeisterschaft vorgesehen.

Und nun, liebe Turnfreunde, Turner u. Turnerinnen, besucht recht zahlreich das Fest. Die turnfreundliche Einwohnerschaft der Stadt erwartet Euch.

*

Spielvereinigung Fürth in Chemnitz. Als erstes Spiel nach der Spielpause trägt der Polizeisportverein Chemnitz ein Freundschaftstreffen gegen die Spielvereinigung Fürth aus, das am 1. August stattfindet.

Keine Aufteilung des Gaues Erzgebirge im VMBV. Der Gautag des Gaues Erzgebirge beschäftigte sich mit der Frage der Aufteilung des Erzgebirgsgaues und seiner Zuteilung zu den Gauen Westsachsen und Mittelsachsen. Nach langen Verhandlungen, in denen immer wieder gegen die vom Schatzmeister des VMBV vertretenen Gründe zur Aufteilung energisch Stellung genommen wurde, nahmen die Gaumitglieder einstimmig eine Entschließung an, bei dem Dessauer Verbandstag mit aller Kraft für die Selbständigkeit des Gaues einzutreten, die für das weitere Gedeihen der Gauvereine eine Notwendigkeit sei.

Rundfunk-Programm.

Freitag, 22. Juli.

Berlin — Stettin — Magdeburg.

6.00: Funkgymnastik. — 6.20: Frühkonzert (Schallplatten). — 11.30: Solisten-Konzert. Gertrud Baumann (Sopran), Ruth Keßler (Sopran), Elisabeth Höngen (Alt), Willy Hezel (Bariton), Carl Robert Blum (Flügel). — Als Einlage gegen 12.30: Wettermeldungen. — 14.00: Willem Mengelberg dirigiert (Schallplatten). — 15.20: Ein Tag Berliner Schnellgericht. — 15.45: Alte Volksweisen. Dagmar Schou (Alt). Am Flügel: Waldemar von Bultée. — 16.05: Mit Gewicht und Hantel. — 16.30: Das Wochenende: Durchs Oranienburger Tor in den märkischen Norden. — 17.00: Die junge Generation: Von der Arbeit der „Christlichen Kampfschar". — 17.30: Max Bartel liest eigene Prosa. — 17.50: Das neue Buch: Wickel: „I. G. Farben." — Marker: „AG. Deutschland". — 18.00: Programm der Aktuellen Abteilung. — 18.25: Aus dem Central-Hotel (Burgund): Unterhaltungsmusik. Kapelle Arkadi Flato. — 18.55: „Die Funk-Stunde teilt mit ..." — 19.00: Stimme zum Tag. — 19.10: Aus dem Central-Hotel (Burgund): Fortsetzung der Unterhaltungsmusik. — 19.55: Fünf Minuten: Wegweiser ins Wochenende. — 20.00: Aus Washington: Worüber man in Amerika spricht. — 20.20: Unterhaltende Musik auf dem Neo-Bechstein-Flügel. — 21.00: Tages- und Sportnachrichten. — 21.10: Orchester-Konzert. Berliner Sinfonie-Orchester. — 22.10: Zeitansage usw. — Anschließend bis 0.30: Aus dem Eden-Hotel: Tanzmusik. Kapelle Oscar Joost.

Königswusterhausen.

5.45: Wetterbericht. — 6.00: Funkgymnastik. — 6.15: Wiederholung des Wetterberichts. — Anschließend bis 8.00: Frühkonzert. — 10.00: Neueste Nachrichten. — 12.00: Wetterbericht. — Anschließend: Schallplatten-Konzert. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichts. — 13.35: Neueste Nachrichten. — 14.00: Konzert. — 15.00: Jungmädchenstunde: Die weibliche Jugend im freiwilligen Arbeitsdienst. — 15.30: Wetter- und Börsenberichte. — 15.40: Jugendstunde: Wie die Pflanze sich nährt. — 16.00: Aus Frankfurt: Volksdeutsche Weihestunde anläßlich des XI. Deutschen Sängerbundesfestes. — 17.30: Rauchen oder Nichtrauchen? — 18.00: Serenadenmusik des 18. Jahrhunderts. — 18.30: Volkswirtschaftsfunk: Störungen im Welthandel als Ursache und Folge der Wirtschaftskrise. — 18.55: Wetterbericht. — 19.00: Aktuelle Stunde. — 19.15: Wissenschaftlicher Vortrag für Tierärzte. — 19.35: Stunde der Arbeit: Weltmächte der Erde: Petroleum. — Anschließend: Wiederholung des Wetterberichts. — 20.00: Berliner Programm. — 20.15: Eine Viertelstunde Funktechnik. — 20.30: Aus Frankfurt: Aus der Festhalle Frankfurt a. M.: XI. Deutsches Sängerbundesfest. Ausschnitt aus dem Begrüßungskonzert des Sängerbundes Nassau. — 21.00: Tages- und Sportnachrichten. — 21.10: Aus Stuttgart: Bei uns zu Lande. Volkstümlicher Heimatabend. — 22.00: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. — 22.15: Aus Köln: Ausschnitt aus der Feststunde zur Eröffnung des III. Reichstreffens der Deutschen Jugend-Kraft. — 22.45—24.00: Nachtmusik und Tanz. Kleines Orchester des Westdeutschen Rundfunks.

Wasserstände

		20. 7. 32	21. 7. 32
Moldau:	Kamaik	+ 78	+ 60
	Modran	+ 56	+ 24
Eger:	Laun	+ 58	+ 38
Elbe:	Nimburg	+ 28	+ 6
	Brandeis	— 4	— 19
	Melnik	+112	+ 87
	Leitmeritz	+122	+103
	Aussig	+160	+101
	Dresden	+ 19	— 38
	Riesa	+ 89	+ 62

Wasserwärme: 20 Grad.

Bericht über den Schlachtviehmarkt am 21. Juli 1932 zu Dresden.

Schlachtviehgattung und Wertklassen		Lebend- Gewicht	Schlacht- Gewicht
Rinder: A. Ochsen (Auftrieb 9 Stück):			
1. Vollfl., ausgemästete, höchsten Schlachtw.	1. junge	belanglos	
	2. ältere		
2. sonstige vollfleischige	1. junge		
	2. ältere		
3. fleischige			
4. Gering genährte			
B. Bullen (Auftrieb 40 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete			
3. fleischige			
4. gering genährte			
C. Kühe (Auftrieb 19 Stück):			
1. jüngere, vollfleischige, höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige oder ausgemästete			
3. fleischige			
4. gering genährte			
5. Holsteiner Weiderinder			
D. Färsen (Kalbinnen) (Auftrieb — Stück):			
1. vollfleisch., ausgemästete höchsten Schlachtwertes			
2. sonstige vollfleischige			
E. Fresser (Auftrieb — Stück):			
mäßig genährtes Jungvieh			
Kälber (Auftrieb 544 Stück):			
1. Doppellender bester Mast		—	—
2. beste Mast- und Saugkälber		40—45	69
3. mittlere Mast- und Saugkälber		35—38	61
4. geringe Kälber		30—34	59
5. geringste Kälber		—	—
Schafe (Auftrieb 128 Stück):			
1. beste Mastlämmer und jüngere Masthammel:			
1. Weidemast		—	—
2. Stallmast		—	—
mittlere Mastlämmer, ältere Masthammel und			
2. gutgenährte Schafe		—	—
3. fleischiges Schafvieh		—	—
4. geringgenährte Schafe und Lämmer		—	—
Schweine (Auftrieb 540 Stück):			
1. Fettschweine über 300 Pfd.		42	53
2. vollfleischige Schweine von 240—300 Pfd.		41—42	54
3. vollfleischige Schweine von 200—240 Pfd.		39—40	53
4. vollfleischige Schweine von 160—200 Pfd.		37—38	52
5. vollfleischige Schweine von 120—160 Pfd.		36—37	51
6. fleischige Schweine unter 120 Pfd.		—	—
7. Sauen		—	—

Ueberstand: 39 Rinder, davon 5 Ochsen, 18 Bullen, 16 Kühe außerdem 4 Schafe, — Schweine.

Geschäftsgang: Kälber und Schweine langsam, 76 Schweine ausländischer Herkunft.

Handel und Volkswirtschaft.

Dresdner Börse vom 20. Juli. Die Börse stand unter dem Einfluß der innerpolitischen Geschehnisse. Die Geschäftstätigkeit blieb ganz gering. Die wenigen Kursveränderungen neigten nach unten; Dresdner Schnellpressen minus 3,5 Prozent. Reichsbank minus 2 Prozent, dagegen Dresdner und Danatbank plus 1 Prozent, Radeberger Exportbier plus 1,75 Prozent. Anleihen teils 1 Prozent schwächer. Pfandbriefe im allgemeinen gut gehalten.

Leipziger Börse vom 20. Juli. Der Aktienmarkt stand im Zeichen von Positionslösungen. Schubert & Salzer büßten bei geringem Angebot 2,75 Prozent ein, Gohlser Bier 3, Reichsbank 2,5, Glauziger Zucker 1,5 Prozent. Limmritz Steina kamen bei einem größeren Umsatz mit 20 Prozent wieder zur Notiz. Dermatoidwerke konnten 2, Kraftwerke Auma 3 Prozent gewinnen. Am Anlagemarkt Pfandbriefe gut behauptet. Reichs- und Stadtanleihen neigten zur Schwäche.

Chemnitzer Produktenbörse vom 20. Juli. Weizen 237—242, Roggen 198—202; Sandroggen 206—208; Wintergerste 162—166; Hafer 154—162; Weizenmehl 41,50; Roggenmehl 30,50, Weizenkleie 11; Roggenkleie 10,25; Wiesenheu altes 7, neues 5, Getreidestroh drahtgepreßt 4,25.

An der Berliner Börse kam es am Mittwoch zu mäßigen Kursrückgängen, zu einer stärkeren Beunruhigung kam es jedoch nicht. Die Geschäftstätigkeit war außerordentlich gering. Der Satz für Tagesgeld betrug 5,25 Prozent und mehr, für Monatsgeld 6—8 Prozent. Der Privatdiskont blieb unverändert.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

	20. Juli	21. Juli
Weizen, märkischer,	241,00—243,00	245,00—247,00
per Juli	254,50—257,00	260,00
per September	227,50	227,50
per Oktober	228,00	228,50—228,00
per Dezember	230,00	230,50—230,25
Tendenz:	fest	sehr fest
Roggen, märkischer,	—	—
per Juli	181,00	184,00—170,00
per September	172,00—176,25	171,00—175,00
per Oktober	177,50—177,00	176,00—175,75
per Dezember	180,00	179,75—179,50
Tendenz:	—	fester
Gerste, Braugerste	—	—
Futter- und Industriegerste	160,00—172,00	161,00—172,00
Wintergerste,	—	—
Tendenz:	fest	ruhig
Hafer, märkischer	159,00—164,00	161,00—166,00
per Juli	170,00	—
per September	—	173,75
per Oktober	—	150,00
per Dezember	—	—
Tendenz:	ruhig	fest
Mais, rumänischer	—	—
Plata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack (feinste Marken über Notiz)	29,50—33,75	29,25—33,75
Roggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sack	24,75—26,50	24,75—26,50
Weizenkleie frei Berlin	11,50—11,80	11,60—11,90
Roggenkleie frei Berlin	10,25—10,60	10,25—10,60
Weizenkleie-Melasse	—	—
Raps	—	—
Leinsaat	—	—
Viktoriaerbsen	17,00—23,00	17,00—23,00
Kleine Speiseerbsen	21,00—24,00	21,00—24,00
Futtererbsen	15,00—19,00	15,00—19,00
Peluschken	16,00—18,00	16,00—18,00
Ackerbohnen	15,00—17,00	15,00—17,00
Wicken	17,00—19,00	17,00—19,00
Lupinen, blaue	10,50—11,50	10,50—11,50
gelbe	15,00—16,50	15,00—16,50
Seradella, neu	—	—
Rapskuchen, Basis 38 %	—	—
Leinkuchen, Basis 37 %	10,40—10,70	10,40—10,70
Trockenschnitzel	9,40—9,60	9,40—9,60
Soya-Extractionsschrot, Bas. 45 %	—	—
Kartoffelflocken	—	—
Speisekartoffeln	—	—
Allgemeine Tendenz:	unsicher	ruhig

Abwartend, Altgetreide weiter fest.

Die Unsicherheit bezüglich der weiteren politischen Entwicklung hemmt nach wie vor die Unternehmungslust im hiesigen Produktenverkehr. Die Preisgestaltung war heute ziemlich uneinheitlich. Entsprechend der Versorgungslage der Mühlen zeigt sich infolge der Ernteverzögerung durch das immer noch trübe Wetter für Brotgetreide alter Ernte regere Nachfrage. Weizen wurde am Promptmarkt und in der Julisicht des Zeithandels 3 Mark höher bewertet als gestern, auch für alten Roggen werden neuerdings von einzelnen Mühlen beachtliche Aufgelder für sofortige Ware gegenüber Julilieferung gezahlt. Juliroggen war um eine Mark befestigt. In Neugetreide ist das Angebot zwar auch unbedeutend, jedoch besteht andererseits infolge der unbefriedigenden Exportmöglichkeiten weiterhin geringe Kauflust, so daß hier die Preise nicht immer behauptet waren. Die Preisbewegung in den späteren Sichten des Lieferungsgeschäftes war für Weizen stetig, Roggen bröckelte im Laufe eine Mark ab. Weizen- und Roggenmehle zur sofortigen Lieferung sind bei den steten Forderungen für den laufenden Bedarf gefragt. Für Herbstlieferung besteht nur geringes Interesse. Hafer lag am Lieferungsmarkt bei Preisbesserungen bis zu 3¾ Mark fester als im Promptgeschäft; für Effektivware werden die höheren Forderungen vom Konsum nur zögernd bewilligt. Wintergerste liegt auf Grund der Kauftätigkeit der Staatsl. Gesellschaft stetig.

Der Wett-Lauf mit dem Sensenmann

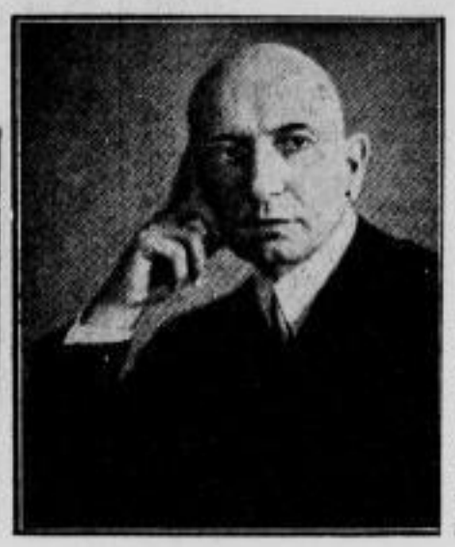
ist immer für den Rekordjäger gefährlich. Während mancher Sportrekord mit dem Leben bezahlt wird, bezahlt der Geschäftsmann das ungewisse Experiment des Rekordsparens mit dem Verlust seiner Kunden. Das ist nämlich der Fall, wenn er glaubt, auch ohne jede Werbung auskommen zu können. Heute, wo die Zeitungsanzeige der millionenfach erprobte und bewährte Weg zum Kunden ist, grenzt es an geschäftlichen Selbstmord, wenn man ohne diesen Helfer auskommen will. Machen Sie deshalb keine ungewissen Experimente, sondern inserieren Sie fleißig in dem werbestarken Meißner Tageblatt

Ausnahmezustand in der Reichshauptstadt.

Reichswehr besetzt die Reichskanzlei.
Links eine Abteilung Reichswehrsoldaten beim Transport von Munitionskisten für Maschinengewehre im Vorhof der Reichskanzlei — rechts ein Wagen der Reichswehrgruppe, die das Reichskanzlergebäude besetzt hat.

Bild rechts

Ausnahmezustand über Berlin erklärt.
Generalleutnant von Rundstedt, der Kommandeur der 3. Division und Befehlshaber im Wehrkreis III, ist als Beauftragter des Reichswehrministers Inhaber der vollziehenden Gewalt für die Gebiete Brandenburg und Berlin. Ihm ist die Polizei unterstellt.



Wechsel im Berliner Polizeipräsidium.
Der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei, Oberst Heimannsberg (links), ist seines Postens enthoben worden, ebenso der Berliner Polizeipräsident Grzesinski (rechts), dessen Nachfolger der bisherige Polizeipräsident von Essen, Melcher (Mitte), geworden ist.

Der Sitz des Militärbefehlshabers,
der durch die Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin und die Mark Brandenburg zum Inhaber der vollziehenden Gewalt ernannt worden ist, ist das Gebäude des Wehrkreiskommandos III in Berlin.

Auch das Staatsministerium wird besetzt.
Das preußische Staatsministerium in der Wilhelmstraße wurde ebenfalls von einer Abteilung Reichswehrsoldaten besetzt.

Bild links

Oberbürgermeister Dr. Bracht-Essen
ist vom Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen zu seinem Stellvertreter und gleichzeitig zum preußischen Minister des Innern ernannt worden.

Roman von Fr. W. van Oeslären

Mia und ihre Schwester

Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30, Rosenheimer Straße 32

Erster Teil.

I.

Wieder endete ein Werktag in einen Feierabend; wieder wechselte Berlin sein Gesicht. Die Stadt der fieberhaften Arbeitshast und des dröhnenden Geschäftsbetriebes wandelte sich im Aufflammen zahlloser Locklichter in die Stadt des ebenso fieberhaften Lebensgenusses und des lärmenden Vergnügens. Werkstätten, Verkaufsläden und Büroräume leerten sich und entließen ihr Arbeitsvolk. Jedem einzelnen blieb es nun anheimgestellt, von den tausend Möglichkeiten, die sich ihm bis zur Mitternacht und darüber hinaus boten, jene zu wählen, die ihm gerade am meisten zusagte.

„Heiliger Strohsack, bin ich heut kaputt! Am liebsten möcht ich jetzt vierundzwanzig Stund zum Solotanz auf den Federnball. Und Sie, Wertester?"

Auf dem Wege vom Treppenfuß zum Tor des in der Potsdamer Straße gelegenen Geschäftshauses gab Niki Schaleiner die in eine Frage ausklingende Erklärung ab, dehnte seine schmächtige, aber sehnige Gestalt und reckte die Arme.

Der neben ihm Schreitende mit der breiten, hohen Gestalt und dem ernsten, in jedem Zug gereiften Gesichte zuckte mit einem kleinen Lächeln die Achseln. „Wer hindert Sie daran, sich auszuschlafen, wenn Sie müde sind, Schaleiner?" meinte er. „Ich für meine Person gehe nicht mehr in ein Lokal."

Sie traten auf die Straße. Die zweistöckigen gelben Ungetüme der Omnibusse rüttelten polternd ihre Menschenlast den äußeren Stadtteilen zu, dicht besetzte Straßenbahnwagen klingelten vorüber, Kraftwagen glitten dahin.

Der dreiunddreißigjährige Wiener mit den hübschen, etwas weichlichen Zügen wandte die Augen dem großen, vom Verkehrsturm beherrschten Platz zu. Die grellweiß und bunt aufleuchtenden Reklamen in Schrift und Bild rings an Firsten und Fronten zogen seinen Blick an, der stampfende, vom Summlaut bis zum Brüllen abgetönte, die Luft des Märzabends erfüllende Lärm des Großstadtbetriebes belebte ihn wieder.

„Eigentlich kollossal, euer Berlin", anerkannte er bewundernd und fügte unvermittelt hinzu: „Schade, Jorin!"

„Was ist schade?" fragte der Aeltere.

„Daß Sie zu Hause bleiben."

„Ich habe meiner Mutter den heutigen Abend versprochen. Sie gehen doch auch nach Hause und schlafen sich aus?"

„Ah wo! Keine Spur von einer Idee", erklärte Schaleiner.

Der Architekt Robert Jorin lächelte wieder. „Ich dachte, Sie sind müde."

„Bin ich auch. Hundsmüd sogar", bestätigte der Jüngere. „Ich bitt Sie, wenn man von aller Herrgottsfrüh sich die Hand aus dem Arm zeichnet, die Zunge aus dem Mund redet und besonders die Ideen sich aus dem Hirnkastel schindet, um Banausen, die von Innenarchitektur und künstlerischer Einrichtung einen Schmarrn verstehn, was einzutrichtern, bis sie's kapieren oder aber einem schließlich sagen: „Zu teuer" oder gar „Zu schenial", — ich bitt Sie, Wertester, davon soll man nicht hundsmüd sein?"

„Gehen Sie nach Hause, Schaleiner! Morgen früh habe ich ja die Konferenz wegen des neuen Kinobaues. Klappt's bei mir, so rufe ich Sie sofort an, damit Sie kommen und mit mir Ihren Innenausstattungsentwurf vertreten. Adieu!"

„Servus, Wertester! So Gott will, auf morgen!"

Die beiden Männer trennten sich mit einem Händedruck.

Auf dem Verkehrsturm blinkte das rote Licht auf. Breitreihig und langlinig staute sich der aus der Potsdamer Straße herangerollte Fahrzeughaufen.

Schaleiner schickte sich an, den günstigen Augenblick wahrzunehmen und zur Untergrundbahnstation hinüber zu queren. Aber fäh blieb er dicht an einer offenen Kraftdroschke stehen. Donnerwetter, war das eine mordsmäßig nette Frau! Und so allein!

Jetzt begegnete ihr Blick dem seinen. Offenbar sprachen seine hübschen, dunklen Augen beredt. Denn sie lächelte. Oh, keineswegs frech und unfein, vielmehr damenhaft liebenswürdig, belustigt und doch wohlgefällig.

Schaleiner zog den Hut. „Verzeihn schon gütigst, Gnäd'ge! Ich bin hier fremd. Wissen Sie, wo man fesch und nicht zu teuer den heutigen Abend verbringen kann?"

Da lachte die hübsche Blondine ganz laut auf. Ein Zögern, noch ein Blick auf den Mann. „Wenn Sie einsteigen, führe ich Sie an ein Ziel, wie Sie es suchen."

Das weiße Licht erstrahlte vom Verkehrsturm, das grüne folgte. Die Kraftdroschke führte die hübsche Blondine und deren neuen Bekannten nach einer Richtung, die von der Motzstraße fernab lag.

*

Robert Jorin entstieg in der Schillstraße dem Kraftomnibus und bog in die Kurfürstenstraße ein. Nach wenigen Schritten hatte er das schöne, große Mietshaus erreicht, das zur Mitgift seiner Frau gehört hatte und nach nur zweijähriger Ehe, vor sieben Jahren, ihm mit dem übrigen Nachlaß zu eigen gefallen war. Sooft er es betrat, mußte er nicht nur an die in so jungen Jahren traurig, wenn auch nicht schuldlos Verunglückte denken, sondern empfand es auch als einen Segen, daß er wenigstens dieses Besitzes sich während der Zeit des Währungszerfalls nicht entäußert hatte.

Vor vier Jahren hatte er das Haus aufstocken lassen und zwei schöne, geräumige und keineswegs mansardenhaft anmutende Wohnungen geschaffen, deren eine er selbst und deren andere seine Mutter bewohnte.

In seinem Arbeitszimmer fand er Briefe auf dem Schreibtisch vor. Ein erwartungsloser Blick streifte sie. Aber gleich darauf ging ein Ruck durch Jorins Gestalt; seine Hand griff, vor Erregung gierig, nach einem der Schreiben. Die Marke auf der Briefhülle! Nachricht aus Südafrika! Vom deutschen Generalkonsulat in Kapstadt?

Vermischtes.

Der Trick des Kunstschlossers. Durch den einfachen Trick, sich allabendlich am Eingang des Theaters aufzustellen und die Besucher zu beobachten, war es einem bekannten und sehr geachteten Kunstschlosser der spanischen Stadt Cheste in der Provinz Valencia möglich, mehrere Jahre hindurch Einbrüche auszuführen, ohne entdeckt zu werden. Seine erfolgreiche Tätigkeit fand schließlich ein Ende, weil ein Theaterbesucher vorzeitig nach Hause zurückkehrte, da er etwas vergessen hatte; er fand hier „seinen Freund, den Schlosser", der gerade den Geldschrank aufgeknackt hatte. Dadurch, daß er nur bei Leuten einbrach, die sich gerade im Theater befanden, durch seine Geschicklichkeit und die Vorsicht, daß er immer nur einen Teil des Geldes oder der Schmucksachen mitnahm, entstand gewöhnlich der Verdacht, daß das Verbrechen von einem Bediensteten oder einem Familien-Mitglied ausgeführt worden sei, und häufig wurde von der Verfolgung abgesehen. Nun hat man endlich den gefährlichen Einbrecher, der alle Tresors der Stadt unsicher machte, gefaßt.

Die Brautreise des Zuchthäuslers. Im Herbst 1931 hatte der 46jährige Gärtner Ludwig Z. aus Steinfurth bei Bad Nauheim eine 11jährige Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Ziegenhain verbüßt. Er wandte sich nach Wiesbaden und lernte dort eine Hausangestellte kennen, der er einen Heiratsantrag machte, als er hörte, daß sie ein dickes Sparkassenbuch besaß. Das Mädchen verlobte sich mit Z. und dieser erhielt, da er sich „in vorübergehender Verlegenheit" befand, am nächsten Tage das Sparkassenbuch, um sich 100 Mark abzuheben. Als er das Geld in der Tasche hatte, kaufte er Verlobungsringe, die er bar bezahlte, und am nächsten Tage einen Brillanten-Anhänger, den er mit der Bemerkung schuldig blieb, die Notverordnung hindere ihn, auf der Bank Abhebungen zu machen. Mit einer Lebensversicherungspolice der Braut erzielte er 100 Mark. Einige Tage später machte er mit seiner Braut einen Abstecher nach Kassel, um Möbel zu kaufen. Bei der Gelegenheit pumpte er den Möbelhändler um 60 Mark an. Gießen, Bad Nauheim und Frankfurt am Main wurden auch besucht, und überall blieb Z. Zeche und Logis schuldig. Auch einen Landwirt in Obermörlen legte er herein. Das Ende vom Liede war, daß Z. noch auf der Brautreise verhaftet wurde. Erst jetzt gingen der Braut die Augen auf. Sie besah sich ihr Sparkassenbuch und mußte einen Schwund von 1100 Mark feststellen. Die Große Strafkammer in Wiesbaden verurteilte Z. in der Berufungsinstanz zu drei Jahren Zuchthaus.

Mäuse fressen die Ersparnisse. Eine Frau in Unseburg (Kreis Wanzleben) hatte ihre Ersparnisse in Zehn- und Zwanzigmarkscheinen im Wandschrank aufbewahrt. Zu ihrem Schrecken mußte sie jetzt feststellen, daß Mäuse die Scheine zerfetzt und gefressen haben.

Zwei Schülerinnen in der Ostsee ertrunken. Bei Bad Cranz gerieten vier Schülerinnen einer Königsberger Haushaltschule beim Baden an der Samlandküste in den Sog der Brandung und wurden in die See hinausgetrieben. Zwei Schülerinnen konnten gerettet werden.

Wo Mästen Mode ist. Die schlanke Linie, die noch vor kurzem das mit höchster Anstrengung verteidigte Schönheitsideal unserer Damenwelt war, wird heute nicht mehr in demselben Maße eingehalten wie früher, man trägt wieder „Formen". Aber vorläufig nur in bescheidenem Umfange. Daß die Frauenschönheit nach der Höhe des Gewichts auf der Waage gemessen wird, dürfte bei uns sobald wohl nicht sich einbürgern. Aber in andern Teilen der Welt gilt Schlankheit bei den Frauen für ein Unglück, und das ist nicht nur im Orient der Fall, sondern auch bei vielen primitiven Stämmen. Ein englischer Missionar, der kürzlich aus Westafrika zurückgekehrt ist, berichtet, daß dort die Herrschaft der fetten Schönen über die Männer noch ungebrochen waltet. Um sich die Gunst ihres Gebieters zu erhalten, essen die Frauen soviel wie möglich dickmachende Speisen und enthalten sich jeder unnötigen Bewegung. In Nigerien gibt es einen Stamm, bei dem die Mädchen, bevor sie verheiratet werden, zunächst einmal in das sog. Masthaus kommen. Hier werden sie, ähnlich wie bei uns die Stopfgänse, in kurzen Zwischenräumen mit allen erdenklichen Leckerbissen gefüttert, mit Eiern, Suppen usw., und wenn sie nach einigen Wochen dieses Paradies des Essens verlassen, dann müssen sie einen gehörigen Leibesumfang aufweisen, wenn sie nunmehr in den Hafen der Ehe eingehen wollen. Häufig sind die jungen Mädchen so fett, daß sie sich kaum noch fortbewegen können. Derjenige aber, der eine solche unförmige Fleischmasse heimführt, ist darauf sehr stolz. Ist die dunkle Schöne erst einmal verheiratet und muß ihr gewöhnliches Leben wieder aufnehmen, sowie sich den Hausarbeiten widmen, dann geht mit ihr nicht selten eine Wandlung vor wie mit dem Vollmond, wenn er wieder ins erste Viertel tritt. Dann verliert sie mit jedem Pfund auch ein Stück von der Liebe ihres Mannes und muß die größten Anstrengungen machen, um sich wenigstens bei einem gewissen Leibesumfang zu erhalten. Das schlanke Mädchen wird von den Schwarzen überhaupt nicht beachtet und mit Abscheu zurückgewiesen. Der Fleischansatz ist daher für sie Lebensfrage, und die Weiblichkeit widmet sich der Mästung ebenso eifrig wie bei uns die Damenwelt der Abmagerung, wenn sie ihre „Schönheitslinie" überschritten hat.

Ringkampf zwischen Brillenschlangen. Die Königs-Kobra des Newyorker Bronx-Parks, das größte Tier ihrer Art in der Gefangenschaft, hat sich jetzt eine schwere Niederlage zugezogen. Sie unterlag in einem furchtbaren Ringkampf mit einer andern Brillenschlange. Der Leiter des Reptilienhauses in dem Tierpark, Dr. Raymond Ditmars, hatte aus Sumatra eine neue Brillenschlange erhalten und die beiden Schlangen zusammengebracht. Die Königs-Kobra, die sich als alleinige Herrin fühlte, griff den Neuankömmling wütend an, denn sie war ihr mit ihrer Länge von mehr als 3 Meter weit überlegen. Die andere Schlange, die nur 2,50 Meter lang ist, kam aber frisch aus dem Urwald, während die Königs-Kobra durch ihre dreijährige Gefangenschaft augenscheinlich an Kampfkraft viel eingebüßt hatte. Dr. Ditmars beobachtete mit zwei Wärtern und einem zahlreichen Publikum die Entwicklung des wilden Ringens. Dieses dauerte 20 Minuten, und immer wieder schnellten die Reptilien mit der Geschwindigkeit des Blitzes gegeneinander. Genug Gift, um ein Regiment Soldaten zu töten, wurde aus ihren Zähnen geschleudert, und da man fürchtete, daß der Kampf mit dem Tode eines der Gegner enden könnte, wurden sie schließlich durch starken Wasserstrahl auseinandergebracht. Es war die höchste Zeit, denn die Königs-Kobra war vollkommen erschöpft und verkroch sich in einem Winkel.

Zweite Jubiläums-Lotterie

3. Ziehung 3. Klasse 201. Sächs. Landeslotterie

Ziehung am 20. Juli 1932.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 240 Mark gezogen.

20000 auf Nr. 122506 bei Fa. Heinrich Fricke, Leipzig.
5000 auf Nr. 43708 bei Fa. Friedrich Fricke & Co., Leipzig und bei Fa. Theodor Schröder, Chemnitz.
5000 auf Nr. 146946 bei Fa. Heinrich Schäfer, Leipzig.
5000 auf Nr. 149278 bei Fa. Richard Dittrich, Leipzig.
5000 auf Nr. 157012 bei Fa. Heinrich Fricke, Leipzig.
3000 auf Nr. 23908 bei Fa. Martin Kaufmann, Leipzig.
3000 auf Nr. 131783 bei Fa. Gustav Gericke, Dresden.
3000 auf Nr. 132786 bei Fa. Meyander Hessel, Dresden.
3000 auf Nr. 153158 bei Fa. Otto Schlierwen Nachf., Freital
3000 auf Nr. 88848 bei Fa. Carl Wesse, Dresden.
3000 auf Nr. 39704 bei Fa. Wilhelm Sandelmann, Leipzig.
3000 auf Nr. 103175 bei Fa. Richard Dittrich, Leipzig.
3000 auf Nr. 189878 bei Fa. Oscar Uhlig, Chemnitz.

0208 557 064 532 944 324 699 (300) 866 1538 (300) 231 268 674 (300) 586 (400) 055 711 941 (300) 789 8432 (300) 659 808 900 309 680 646 952 8549 317 634 767 582 (400) 956 139 148 4648 557 846 491 614 292 390 930 101 (1000) 021 572 5110 480 812 897 508 6366 607 535 591 972 937 231 393 862 106 499 116 7918 651 444 632 490 296 515 114 702 180 (300) 642 984 379 8913 206 692 (300) 734 (300) 638 630 (300) 095 (300) 628 156 769 9302 548 554 581 550 10570 718 584 968 (300) 11306 417 161 585 702 796 147 857 952 012 278 (500) 12961 117 516 401 105 955 645 950 13148 490 183 713 029 668 14168 256 (300) 292 674 153

15880 405 200 627 951 240 453 223 399 042 (400) 774 141 (400) 16934 591 752 270 103 295 123 251 096 17478 (300) 208 762 784 393 405 725 353 040 411 561 109 936 18019 457 741 743 558 391 340 141 (300) 348 19026 842 386 547 314 448 217 436 342 884 20057 036 248 650 269 339 045 062 754 21550 471 223 (300) 668 931 847 125 580 22824 082 328 146 392 099 23795 482 135 902 (3000) 772 275 075 705 24852 407 (300) 692 890 487 633 (400) 25904 881 394 482 467 286 051 (300) 311 471 (300) 218 26755 753 923 207 853 410 374 760 460 785 015 (300) 27852 257 546 570 302 966 (300) 658 165 213 28572 256 815 767 776 29661 (300) 181 536 176 277 742 (400) 158 038 295 275 588 553

30400 175 099 830 907 651 108 330 270 117 103 242 033 466 31482 561 759 051 32976 945 064 865 964 393 411 (300) 348 (2000) 193 201 33068 762 (300) 774 555 967 345 157 031 34169 084 230 (300) 041 978 040 585 004 (300) 497 138 413 35061 453 038 829 (300) 924 247 519 025 765 (300) 36568 961 216 621 721 073 114 370 254 37446 677 543 082 188 806 413 821 062 083 38649 005 (300) 331 851 266 (300) 510 (300) 134 723 39674 704 (2000) 962 590 543 594 884 127 (300) 430 765 578 40454 224 41403 013 628 524 803 547 926 636 645 42016 395 507 (300) 785 770 841 042 944 250 43588 415 254 203 (300) 481 085 437 236 209 034 262 (1000) 44625 239 587 (300) 266 243 523 234 513 429 343 642 (300) 806

45727 280 124 532 802 286 346 (300) 164 947 521 099 46318 686 (300) 529 121 906 768 667 447 47404 (300) 693 379 (300) 017 214 347 516 673 434 (500) 112 932 48347 765 913 011 719 825 238 492 409 022 (300) 744 (500) 49986 915 379 351 068 824 690 (300) 50097 913 602 921 338 222 160 51395 919 427 513 207 323 495 124 52321 566 874 532 033 587 735 915 568 827 929 53262 727 761 (300) 845 901 342 042 265 54545 (400) 012 493 355 397 876 796 55526 575 762 497 234 451 771 971 56991 399 (300) 724 441 373 959 928 (300) 182 105 (300) 019 57419 730 972 287 123 261 590 205 247 (300) 626 971 142 594 58445 295 720 817 (400) 910 (300) 595 (300) 692 268 435 59742 032 572 956 871 817 679 142 412

60572 (300) 010 738 (300) 976 569 068 789 215 986 716 786 984 61490 230 306 425 62780 563 309 880 466 914 540 619 633 (400) 63523 624 708 (5000) 492 208 986 378 64002 460 (300) 613 622 773 65623 537 765 657 907 316 (1000) 436 66221 741 (300) 062 67339 262 941 035 634 412 898 692 672 086 010 68098 (400) 034 472 978 450 263 295 104 417 977 833 439 066 942 611 69000 69571 704 204 789 848 (300) 540 574 549 673 960

201 222 70423 120 378 919 815 997 210 325 137 522 156 945 947 454 509 257 497 626 836 71980 741 556 644 631 155 204 72526 319 734 388 978 742 939 430 805 73607 771 (300) 632 553 (300) 715 407 002 851 355 740 74005 285 (400) 149 042 805 275 708 262

75496 368 120 464 (500) 639 134 444 446 76474 123 709 607 022 538 77512 796 631 210 838 233 78974 375 970 936 583 666 105 048 (300) 597 420 (500) 033 79625 806 (300) 476 094 (300) 531 034 060 940 80658 094 886 151 027 124 083 009 474 (300) 006 (400) 199 800 138 120 016 81600 761 (400) 263 239 836 066 681 864 513 190 784 82337 689 574 866 (500) 211 197 353 357 (300) 83838 837 164 095 300 84132 815 540 654 753 183 160 309 (300) 588 (300) 788 723 85803 737 435 392 823 (300) 300 686 312 86015 541 (300) 149 138 457 870 (300) 87045 356 477 710 378 560 217 321 88826 564 723 930 348 052 89228 593 436 375 963 454 747 020 585 (300)

90169 717 323 021 744 (300) 414 364 989 91333 212 284 (1000) 015 92534 174 370 366 (300) 087 234 056 563 636 023 481 93737 157 456 330 535 824 799 970 94364 123 879 577 578 (300) 689 751 005 266 676 066 602 555 435 316 95306 136 106 201 056 996 657 791 96719 635 090 696 (300) 630 153 97630 (1000) 536 889 (400) 131 541 521 639 517 436 963 98938 849 642 005 439 (300) 159 097 (300) 421 831 184 534 99839 516 253 454 706 707 882 342 551 100035 (400) 150 456 795 771 910 829 530 138 606 091 564 264 101838 971 062 219 336 102726 435 439 502 915 607 696 223 965 230 (300) 172 (500) 724 359 103130 (400) 914 774 104000 (300) 045 (300) 637 814 731 419 459 596 533 175 (3000) 364 455 857 104559 875 011 983 258 059 360 339 391 747

105193 123 805 157 (300) 350 270 432 (300) 661 106115 664 678 933 136 635 208 (300) 659 210 107170 497 221 710 009 348 790 435 632 108931 150 992 394 231 254 667 035 565 009 333 068 109234 519 987 (300) 834 100 208 414 110940 324 987 769 015 (300) 131 500 350 (300) 901 566 155 189 575 111566 723 532 336 401 258 720 062 560 930 633 114 112886 502 406 469 656 (300) 113632 545 668 114202 635 513 589 116 099 769 769 (300) 483 993 115335 368 317 469 002 199 543 (300) 116996 046 017 (300) 976 230 944 524 417 239 195 930 079 117456 551 272 (300) 552 905 626 550 409 714 118012 (300) 347 008 (300) 696 038 575 846 043 457 (300) 745 230 119011 694 731 119 769 376 438 713 911 796 072 411

120857 333 301 (300) 568 273 041 910 907 (500) 212 589 177 (1000) 193 985 847 324 141 771 195 121978 874 768 831 (400) 508 575 (300) 509 842 728 687 257 122872 095 612 091 535 569 925 506 (20000) 576 524 488 371 615 562 314 123148 037 115 537 790 566 409 657 124684 130 768 717 342 566 (300) 810 886 250 (300) 485 974 211 781 125198 950 940 786 257 171 599 534 919 062 044 216 (300) 495 992 (300) 126701 (300) 937 781 033 (300) 230 43 598 812 841 068 562 047 890 109 (400) 127762 (300) 006 030 011 556 952 331 685 959 293 652 011 618 (300) 128541 (300) 353 066 (1000) 726 098 (400) 046 384 969 129668 730 996 783 153 559 464 918 235 (300) 829 590 130589 (400) 630 898 784 612 417 131253 268 791 133 798 585 479 (300) 793 (3000) 877 176 132621 560 786 (3000) 483 062 973 996 646 (1000) 444 130 (300) 672 876 133094 727 569 722 802 134780 723 227 425 (1000) 049 237 781 567 601 840

135537 110 231 703 937 766 874 396 953 (300) 136715 104 130 346 569 943 250 462 376 179 583 137476 931 690 (300) 150 514 530 138535 133 038 396 288 868 (300) 518 586 870 687 734 850 191 139319 395 267 017 845 543 094 641 436 373 (3000) 065 933 867 745 140780 624 792 956 055 565 528 335 141690 (300) 248 027 396 066 880 320 664 779 919 142474 670 580 129 067 252 031 100 535 143543 540 016 012 767 (300) 089 272 551 213 631 (300) 082 549 996 (300) 795 144039 065 230 837 879 440 482 179 145606 490 811 729 624 731 580 891 557 146409 756 163 533 005 946 (3000) 284 147131 446 516 (300) 850 (300) 379 819 326 148048 592 (300) 576 537 (300) 821 149306 205 501 873 050 267 830 404 759 (300) 346 971 405 (300) 387 674 (300) 509 978 (5000)

150645 912 (300) 209 001 553 194 304 100 916 820 483 248 694 422 151690 648 885 149 112 770 330 055 165 041 054 152611 438 508 945 305 863 886 776 110 498 197 158 (300) 127 630 232 153011 023 706 242 398 253 932 153 (3000) 203 068 300 335 470 (300) 154185 (300) 563 626 558 437 132 (1000) 943 155174 950 683 390 156000 949 258 503 (300) 965 (300) 156385 356 (300) 935 293 430 183 (1000) 157395 021 925 004 271 535 203 012 (5000) 786 590 158572 347 883 388 120 476 108 973 786 159808 269 907 (400) 870 547 385

eine Wandlung vor wie mit dem Vollmond, wenn er wieder ins erste Viertel tritt. Dann verliert sie mit jedem Pfund auch ein Stück von der Liebe ihres Mannes und muß die größten Anstrengungen machen, um sich wenigstens bei einem gewissen Leibesumfang zu erhalten. Das schlanke Mädchen wird von den Schwarzen überhaupt nicht beachtet und mit Abscheu zurückgewiesen. Der Fleischansatz ist daher für sie Lebensfrage, und die Weiblichkeit widmet sich der Mästung ebenso eifrig wie bei uns die Damenwelt der Abmagerung, wenn sie ihre „Schönheitslinie" überschritten hat.

Meine Rabattkarte ist voll, Herr Müller!

Ich brauche eine neue. Ach entschuldigen Sie vielmals Frau Körner, mein Vorrat ist gerade zu Ende gegangen. Sehen Sie, Herr Müller, das sollte in einem gut geleiteten Geschäft gar nicht vorkommen. Bestellen Sie deshalb Ihre Drucksachen nicht erst dann, wenn das letzte Blatt aufgebraucht ist. Denken Sie immer rechtzeitig an die Erteilung Ihrer Druckaufträge, damit Sie nicht in Verlegenheit kommen. Ihr schnellster und zuverlässigster Helfer in Drucksachenangelegenheiten aller Art ist die Druckerei des Riesaer Tageblatt.

MIA und ihre Schwester

Roman von Fr. W. von Oestéren

Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30, Rosenheimer Straße 32

1. Fortsetzung.

Mit klopfendem Herzen wandte der Architekt den Brief. Da glitt es wie bittere Enttäuschung über seine Züge. „Piet Vandjel, Jagersfontein", las er. Und doch, vielleicht wußte der alte Herr ihm mehr mitzuteilen als das Kapstädter Konsulat. Ohne den Mantel abzustreifen, ließ er sich am Schreibtisch nieder, öffnete die Hülle und begann den langen Brief zu lesen, den er in Händen hielt.

Jagersfontein, 26. Februar 1926.

Sehr geehrter Herr Jorin!

Erst durch eine Anfrage des deutschen Generalkonsulats in Kapstadt hat mein Onkel Piet Vandjel überhaupt erfahren, daß Ihr Herr Bruder als tot gilt und Sie seit einem halben Jahr nachforschen lassen, ob er wirklich, wie Ihnen zuerst mitgeteilt wurde, vor 15 Monaten bei dem Brand im Diamantengräberlager von Zwartmodder ums Leben gekommen ist. Mein Onkel schreibt nicht gern selbst, besonders deutsch nicht, und überträgt es mir, Ihnen ausführlich zu schreiben.

Wir, Onkel, meine inzwischen leider verstorbene Tante (die Schwester meiner Mutter) und ich, haben Herrn Gerhard während seines kurzen Aufenthaltes bei uns in Jagersfontein sehr liebgewonnen. Die Nachricht, daß er tot ist, hat Onkel und mich tief erschüttert.

Onkel ist sofort nach Kapstadt gefahren und hat Ihren Generalkonsul aufgesucht. Man hat dort mit echt deutscher Gründlichkeit — hier unten und bei uns in Oesterreich wäre man nie so genau gewesen — die Ermittlungen aufgenommen und von rückwärts begonnen, also Herrn Gerhards Leben in Afrika von Zwartmodder bis zu seiner Landung in allen Etappen verfolgt. Dabei ist man natürlich spät an uns geraten. Onkel hat Notizen mitgebracht, und ich soll sie Ihnen kurz mitteilen, auch wenn Sie das meiste vielleicht schon wissen.

Im September 1921 ist Ihr Herr Bruder also in Kapstadt gelandet. Da er seinen Paß in Ordnung und nachweisbar genügend Geld hatte, um länger als ein Jahr leben zu können, und außerdem meinen Onkel, der ja im alten Oranjefreistaat Mitglied des Volksraads war bekannt und angesehen ist, als Bürgen nannte, ist alles glatt gegangen. Die Behörden haben ihm nichts in den Weg gelegt.

Mit Empfehlungen von Onkels Schwester und Schwager in Köln ist er vierzehn Tage später zu uns gekommen, leider aber nur vier Monate geblieben. Die Weinbauerarbeit hat ihn nicht befriedigt, er hat Abenteuer im Sinn gehabt und, wie er offen sagte, vor allem Geld machen wollen, viel Geld.

Ein Jahr lang hat er auf der Karrooohochebene Angoraziegen gezüchtet, gut daran verdient und sein kleines Anwesen mit Gewinn verkauft. Leider ist es ihm mit dem nächsten Versuch nicht so gut ergangen. Er ist nämlich nördlicher gezogen, hat bei Kenhart eine Farm gekauft und sich auf Straußenzucht verlegt. Nach etwa zwei Jahren hatte er viel Geld verloren und hat schließlich die Farm überstürzt eilig um einen Schleuderpreis verkauft, als er von den neuen Diamantfunden jenseits des Oranje hörte.

Wieviel Ihnen von diesen Dingen bekannt geworden ist, sehr geehrter Herr Jorin, wissen wir nicht.

Ihr Herr Bruder ist nach Griquatown geeilt, hat sich dort eine vollständige Ausrüstung fürs Diggerleben gekauft und ist nach Zwartmodder. Schon auf dem Wege dorthin hatte er Unglück. Vor ungefähr einem Vierteljahr hat man nämlich in jener Gegend eine aus Kaffern, Malaien und Basutos bestehende Raubgesellenbande bei frischer Tat gefaßt und dabei herausbekommen, daß sie schon Ihren Herrn Bruder überfallen und ausgeraubt hatte. Die Kerle wurden auf der Stelle hingerichtet.

Es steht aber fest, daß Herr Gerhard lebend und heil Zwartmodder erreicht hat. Dafür existieren Beweise. Allerdings hat er ja keine Ausrüstung und keinen Heller Geld mehr gehabt und sich, wie es scheint, als Knecht verdingen und für andere arbeiten müssen. Dann kam der furchtbare nächtliche Brand im Diggerlager. Explodierende Benzinfässer, allerhand leicht brennbare Stoffe haben das Feuer verheerend rasch verbreitet. Es hat Wellblechhäuser, Zelte und Holzhütten wie Sturmwind ergriffen und viele Menschen im Schlaf überrascht. Man hat 96 Tote gezählt, die zum Teil bis zur Unkenntlichkeit verkohlt waren. Leider lag solch ein Toter auch auf dem Lager Ihres Herrn Bruders. So schmerzlich es ist, sehr geehrter Herr Jorin, — man darf wohl nicht zweifeln, daß auch Herr Gerhard ein Opfer der Katastrophe geworden ist.

Ich schreibe dies nach den Angaben des Onkels. Mir krampft sich das Herz, wenn ich denke, daß im Massengrab der 96 Toten auch — —

Mein Onkel hat überall, wo er gute Beziehungen hat und etwas erfahren zu können glaubte, sich erkundigen lassen, ob man von Ihrem Herrn Bruder etwas gesehen oder gehört hat. Nichts.

Wir können nur mit Ihnen und Ihren werten Angehörigen — Herr Gerhard hat uns von Ihnen allen erzählt — trauern. Helfen können wir leider nicht und wären doch so glücklich, könnten wir es.

Mein Onkel ist afrikamüd und hat seinen Besitz verkauft. Er will so bald wie möglich nach Europa zurück und entweder in Dordrecht, seiner Heimatstadt, oder in Köln bei seiner Schwester sich niederlassen. Ich selbst bin darüber nicht böse, mich zieht es sehr nach Europa zurück und besonders nach meinem lieben Wien. Ich bin ja bald vierzehn Jahre hier in Südafrika.

Vielleicht kommen wir auch nach Berlin.

Nochmals: innigstes Beileid Ihnen, sehr geehrter Herr Jorin, und Ihren werten Angehörigen von meinem Onkel und Ihrer

Gusti Silling.

Die Wangen wie im Fieber heiß gerötet, die geraden, schmalen Brauen gesenkt, hatte Robert Jorin gelesen. Mit einem tiefen Aufseufzen ließ er nun die Bogen aus den Händen sinken.

(Fortsetzung folgt.)